



Landtag von Baden-Württemberg

26. Sitzung

16. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 22. Februar 2017 • Haus des Landtags

Beginn: 9:03 Uhr

Schluss: 12:24 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen der Präsidentin	1369	Abg. Peter Hofelich SPD	1392
Umbesetzung im Ausschuss für Kultur, Jugend und Sport	1369	Abg. Andreas Glück FDP/DVP	1393
Glückwünsche zum Geburtstag des Abg. Udo Stein.	1369	Beschluss	1394
1. Zustimmung zur Ernennung der Vizepräsidentin des Rechnungshofs Baden-Württemberg	1369, 1377	3. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes zur Änderung des Abgeordnetengesetzes – Drucksache 16/1666.	1396
2. Dritte Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2017 (Staatshaushaltsgesetz 2017 – StHG 2017) – Drucksachen 16/1117, 16/1420, 16/1421.	1370, 1377	Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD (zur Geschäftsordnung)	1396
Abg. Thekla Walker GRÜNE.	1370, 1391	Abg. Andreas Schwarz GRÜNE	1397
Abg. Tobias Wald CDU	1373	Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU.	1398
Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD.	1377	Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD.	1400
Abg. Rainer Stickelberger SPD	1381	Abg. Andreas Stoch SPD.	1401
Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP.	1384	Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP.	1403
Ministerin Edith Sitzmann	1387	Beschluss	1404
		Nächste Sitzung	1404
		Anlage	
		Vorschlag der Fraktion GRÜNE – Umbesetzung im Ausschuss für Kultur, Jugend und Sport	1405

Protokoll

über die 26. Sitzung vom 22. Februar 2017

Beginn: 9:03 Uhr

Präsidentin Muhterem Aras: Guten Morgen, meine Damen und Herren!

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

– Ich darf um Ruhe bitten.

Ich eröffne die 26. Sitzung des 16. Landtags von Baden-Württemberg.

Beurlaubt für heute habe ich Frau Abg. Erikli, Herrn Abg. Hahn, Frau Abg. Lindlohr und Herrn Abg. Schreiner.

Krankgemeldet sind Frau Abg. Felder, Frau Abg. Häffner, Herr Abg. Kopp, Herr Abg. Voigtmann und Herr Staatsminister Murawski.

Des Weiteren hat Herr Abg. Stächele uns eben informiert, dass sein Zug ausgefallen ist. Er kommt etwas später.

(Heiterkeit)

– Ich sage dies nur, weil wir gleich eine geheime Abstimmung mit Namensaufruf haben.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt haben sich ganztätig Herr Minister Untersteller sowie bis ca. 10:30 Uhr Frau Staatssekretärin Schütz.

Eine Zusammenstellung der **E i n g ä n g e** liegt Ihnen vervielfältigt vor. – Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 8. Februar 2017 – Bericht über aktuelle europapolitische Themen – Drucksache 16/1624

Überweisung an den Ausschuss für Europa und Internationales

2. Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 16. Februar 2017 – Mögliche Folgen eines EU-Austritts des Vereinigten Königreichs für Baden-Württemberg – Drucksache 16/1639

Überweisung vorberatend an den Ausschuss für Inneres, Digitalisierung und Migration, den Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst, den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau, den Ausschuss für Finanzen, den Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport, den Ausschuss für Soziales und Integration, den Ausschuss für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Verkehr, den Ständigen Ausschuss und den Ausschuss für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft sowie federführend an den Ausschuss für Europa und Internationales

*

Auf Ihren Tischen finden Sie einen Vorschlag der Fraktion GRÜNE für eine Umbesetzung im Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport (*Anlage*). – Ich stelle fest, dass Sie der vorgeschlagenen Umbesetzung zustimmen.

Meine Damen und Herren, wir haben heute ein Geburtstagskind in unseren Reihen. Im Namen des ganzen Hauses gratuliere ich Ihnen, Herr Abg. Stein, sehr herzlich zum Geburtstag und wünsche Ihnen alles Gute.

(Beifall bei der AfD und Abgeordneten der CDU –
Vereinzelt Beifall bei den Grünen, der SPD und der
FDP/DVP)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Zustimmung zur Ernennung der Vizepräsidentin des Rechnungshofs Baden-Württemberg

Meine Damen und Herren, mit Schreiben vom 30. Januar 2017 hat Herr Ministerpräsident Kretschmann darauf hingewiesen, dass der bisherige Vizepräsident des Rechnungshofs Baden-Württemberg, Herr Günter Kunz, auf dessen Antrag zum 28. Februar 2017 in den Ruhestand versetzt wird.

Weiter hat Herr Ministerpräsident Kretschmann mitgeteilt, dass der Präsident des Rechnungshofs Baden-Württemberg, Herr Max Munding, vorgeschlagen hat, Frau Rechnungshofdirektorin Ria Taxis mit Wirkung vom 1. März 2017 zur Vizepräsidentin des Rechnungshofs zu ernennen.

Nachdem der Ministerrat keine Einwendungen erhoben hat, beabsichtigt Herr Ministerpräsident Kretschmann, dem Ernennungsvorschlag zu entsprechen, und bittet gemäß § 10 Absatz 1 des Rechnungshofgesetzes, die Zustimmung des Landtags zu der geplanten Ernennung herbeizuführen.

Meine Damen und Herren, nach § 97 a Absatz 3 der Geschäftsordnung ist die Entscheidung ohne Aussprache in geheimer Abstimmung herbeizuführen. Wie bei geheimen Abstimmungen im Landtag üblich, berufe ich nun folgende Abgeordnete in eine Auszahlkommission: Herrn Abg. Berg, Frau Abg. Boser, Herrn Abg. von Eyb, Herrn Abg. Haußmann, Herrn Abg. Nelius, Herrn Abg. Schoch und Herrn Abg. Teufel.

Meine Damen und Herren, zum Ablauf der Abstimmung gebe ich Ihnen folgende Hinweise: Ein Mitglied der Kommission – hier schlage ich Frau Abg. Boser vor – nimmt vom Redepult aus den Namensaufruf vor, der in § 97 a der Geschäftsordnung vorgeschrieben ist. Die aufgerufenen Abgeordneten

(Präsidentin Muhterem Aras)

bitte ich, sich zur rechten oder linken Seite des Plenarsaals zu begeben, wo Mitglieder der Kommission die Stimmzettel und Kuverts ausgeben, damit in den jeweils zwei dort vorhandenen Telefonzellen abgestimmt werden kann.

Ich bitte Sie, Folgendes zu beachten. Es gilt, von der Mitte aus betrachtet, folgende Aufteilung: Die aufgerufenen Abgeordneten der Fraktionen der FDP/DVP, der CDU und der AfD sowie die beiden fraktionslosen Abgeordneten begeben sich von mir aus gesehen zur rechten Seite im hinteren Teil des Plenarsaals; die Abgeordneten der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD kommen von mir aus gesehen zur linken Seite. Auf beiden Seiten wird jeweils in einer Liste von zwei Mitgliedern der Kommission festgehalten, wer den Stimmzettel und das Kuvert entgegengenommen hat. Füllen Sie bitte den Stimmzettel in einer der Wahlkabinen aus, indem Sie vermerken, ob Sie der geplanten Ernennung zustimmen, nicht zustimmen oder sich der Stimme enthalten. Also bitte ankreuzen: Ja oder Nein oder „Enthaltung“.

Bitte beachten Sie folgende weitere Hinweise bei der Stimmabgabe: Nicht gekennzeichnete Stimmzettel und solche, auf denen Enthaltung vermerkt ist, gelten als Stimmenthaltung. Ungültig ist ein Stimmzettel, wenn auf ihm ein anderer Name vermerkt ist oder andere Zusätze angebracht sind. Bitte stecken Sie nach der Stimmabgabe Ihren Stimmzettel in das Kuvert, und kleben Sie das Kuvert bitte nicht zu; das erleichtert die Arbeit der Kommission.

Werfen Sie dann bitte den Stimmzettel im Kuvert in die hier am Redepult bereitstehende Wahlurne. Herr Abg. Teufel kontrolliert den Einwurf der Kuverts in die Wahlurne. Herr Abg. Haußmann hält in einer Namensliste fest, welche Abgeordneten ihre Stimme abgegeben haben. Wie üblich bitte ich die Mitglieder der Kommission, ihre Stimme am Schluss abzugeben.

Damit treten wir jetzt in die Abstimmung ein. Frau Abg. Boser hat schon ihren Platz eingenommen. Frau Abg. Boser, bitte nehmen Sie den Namensaufruf vor. Wir beginnen mit dem Buchstaben A.

(Namensaufruf und Wahlhandlung)

Meine Damen und Herren, ist noch jemand im Saal, die oder der ihren bzw. seinen Stimmzettel noch nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall. Damit hat jeder und jede, der bzw. die hier im Saal ist, die Stimme abgegeben. Ich schließe die Abstimmung und bitte die Kommission, das Ergebnis festzustellen. Vielen Dank.

(Auszählen der Stimmen)

Ich schlage vor, dass wir in der Tagesordnung fortfahren und ich das Ergebnis dann nachher bekannt gebe. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Dritte Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2017 (Staatshaushaltsgesetz 2017 – StHG2017) – Drucksachen 16/1117, 16/1420, 16/1421

Meine Damen und Herren, für die Dritte Beratung des Haushalts 2017 hat das Präsidium eine Redezeit von 20 Minuten je Fraktion festgelegt.

(Zuruf: Oh!)

In der Allgemeinen Aussprache darf ich das Wort für die Fraktion GRÜNE Frau Abg. Walker erteilen.

Abg. Thekla Walker GRÜNE: Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir verabschieden heute nach der Dritten Beratung einen Haushalt, der so solide und zukunftsgerichtet ist, dass ihm selbst die Opposition nur zustimmen kann.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Lachen bei Abgeordneten der AfD – Zuruf: Wurde da etwa gelacht? – Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Tata, tata, tata! – Abg. Reinhold Gall SPD: Wie kommen Sie denn auf die Idee?)

Man kann nicht den Vorwurf machen, dass in diesem Haushalt zu wenig ausgegeben würde. Im Gegenteil, wir investieren kräftig: in die innere Sicherheit sowie in den Neubau und die Sanierung von Landesstraßen.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wir gehen an den Abbau des kommunalen Sanierungsstaus mit der Bereitstellung von 41 Millionen € an frischem Geld, das wir den Kommunen über die Änderung der Landeshaushaltsordnung in einen Sanierungsfonds geben können. Zudem haben die Regierungsfractionen in den Haushaltsberatungen dafür gesorgt, dass wir 30 Millionen € zusätzlich in die Sanierung von Landesgebäuden und 30 Millionen € zusätzlich in die Sanierung von Landesstraßen investieren.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr richtig!)

Jeweils 20 Millionen € im Haushaltsjahr 2017 sowie über Verpflichtungsermächtigungen in den nächsten beiden Jahren, insgesamt also 60 Millionen €, investieren wir in die Modernisierung der Schienenfahrzeuge des ÖPNV der Kommunen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Gleichzeitig kann man aber auch nicht den Vorwurf machen, dass dieser Haushalt nicht sparsam wäre. Denn wir sparen 800 Millionen € bei den laufenden Ausgaben ein. Das ist ein gewaltiger Sprung

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Das ist karnevalistisch!)

beim Abbau des strukturellen Defizits und erfordert eine gewaltige Anstrengung der Ministerinnen und Minister, der Ministerien. Dafür möchte ich an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich danken.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Man kann auch nicht den Vorwurf machen, dass dieser Haushalt nicht zukunftsorientiert sei. Wir denken an die Belastung künftiger Generationen. Wir machen keine neuen Schulden und bauen den Sanierungsstau ab.

(Thekla Walker)

Wir investieren – wie eingangs bereits erwähnt – kräftig in den Gesamtbereich Digitalisierung. 109 Millionen € stehen für 2017 für den Breitbandausbau zur Verfügung. Allein die Landesmittel haben wir um 42 Millionen € aufgestockt. Wir haben zusätzliche Stellen geschaffen, damit diese Summe entsprechend verbaut werden kann. 60 Millionen € stehen für den Gesamtbereich Digitalisierung übergreifend für alle Ressorts zur Verfügung.

Wir investieren in den Klimaschutz. Neben der Gebäudesanierung investieren wir zusätzlich 6 Millionen € in den Klimaschutz, u. a. in ein Mietersolarprogramm.

8 Millionen € fließen zusätzlich in den Bereich der Elektromobilität; das ist nachhaltige Zukunftsmobilität, die wir hier im Land dringend brauchen. Mit Verpflichtungsermächtigungen für die nächsten Jahre setzen wir die erfolgreiche Arbeit der Landesagentur e-mobil BW fort.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Wir sind bereits Spitzenreiter im Bereich „Forschung und Entwicklung“. In die Spitzenforschung investieren wir für die baden-württembergischen Universitäten noch einmal 11 Millionen € für die nächste Antragsphase der Exzellenzstrategie des Bundes.

Darüber hinaus haben wir wiederum in diesem Jahr den höchsten Naturschutzetat der Landesgeschichte, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Aber auch das Thema „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ nimmt in diesem Haushalt einen großen Raum ein. Zum einen geht es natürlich um den wichtigen Pakt für Integration, der mit den Kommunen geschlossen wird, in dem 160 Millionen € nicht nur für die Unterbringung, sondern auch für die wichtige Integrationsarbeit vor Ort investiert werden.

Ein anderer wichtiger Bereich, der ohne Zweifel für den gesellschaftlichen Zusammenhalt von großer Bedeutung ist, ist die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Wir investieren hier 250 Millionen € in die Wohnraumförderung. Ganz wichtig: Der größte Teil der Förderung geht in den sozialen Mietwohnungsbau.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine Damen und Herren, es bleibt neben den ideologischen Verirrungen und Verwirrungen der AfD, auf die ich heute trotz langer Redezeit nicht noch einmal eingehen möchte,

(Oh-Rufe von der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Schade!)

im Grunde nur die Kritik der Opposition, dass wir nicht noch mehr ausgeben sollten und dass wir eben nicht nur implizite Schulden abbauen sollten, sondern auch Kreditmarktschulden tilgen sollten.

Ich will an dieser Stelle einmal davon absehen, dass die SPD für ihre Mehrausgabenförderung im Gesamtumfang von 600 Millionen € keinen Gegenfinanzierungsvorschlag gemacht hat.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Einfach falsch! – Zuruf von der SPD: Stimmt doch nicht!)

Ich weiß, was jetzt kommt. Aber ein allgemeiner Hinweis auf Überschüsse aus dem letzten Jahr ist eben kein Gegenfinanzierungsvorschlag.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Natürlich!)

Es ist kein Gegenfinanzierungsvorschlag für die dauerhafte, also strukturelle Finanzierung von zusätzlichen Lehrerstellen, Polizeistellen oder freien Eintritt in Museen. Das haben Sie eben beantragt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Ich finde, dass zwei Meldungen vom Wochenende zeigen, dass wir mit diesem Haushalt und mit der Haltung, die wir mit diesem Haushalt zum Ausdruck gebracht haben, auf dem richtigen Weg sind. Zum einen haben wir am Wochenende bestätigt bekommen, dass die Kreditwürdigkeit Baden-Württembergs von der Ratingagentur Standard & Poor's erneut mit der Note AAA bewertet wurde.

(Zuruf von der AfD: Alles andere wäre auch erbärmlich!)

Damit wurde uns eine solide und nachhaltige Haushaltspolitik bescheinigt. Darüber hinaus ist die Änderung der Landeshaushaltsordnung hervorgehoben worden und registriert worden, dass damit eben ein zusätzlicher Weg eröffnet wurde, den Sanierungsstau bei Straßen, Brücken und landeseigenen Gebäuden abzubauen. Dies wurde noch einmal besonders als nachhaltige Haushaltspolitik dieses Landes erwähnt.

Grün-Schwarz tut das, was gute Kaufleute in einer solchen Situation tun würden. Wir nutzen die Niedrigzinsphase, um in die Sanierung unseres Landesvermögens zu investieren. Denn es ist volkswirtschaftlich sinnvoll, versteckte Schulden abzubauen, wenn die Rahmenbedingungen am günstigsten sind, meine Damen und Herren. Jetzt ist die richtige Zeit dafür.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Mit einer Tilgung von Kreditmarktschulden würden wir momentan kaum etwas sparen. Die Kommunen hätten gar nichts davon. Also, wen nicht bereits die Einschätzung des Landesrechnungshofs, der uns ebenfalls bestätigt hat, dass dies ein guter und gangbarer Weg ist, überzeugt hat, der kann sich vielleicht jetzt noch einmal im Nachklang von diesem Rating überzeugen lassen.

Für uns ist auch eine zweite Meldung vom Wochenende von Bedeutung, die ebenfalls zeigt, dass wir mit dem vorsichtigen Kurs des Konsolidierens auf dem richtigen Weg sind, nämlich die zum Tarifabschluss. Es ist ja eine gute Nachricht für die Tarifbeschäftigten der Länder, dass es eine Einigung gegeben hat, dass eine Einigung der Länder erzielt werden konnte.

Dieser Tarifabschluss hat aber natürlich auch eine andere Seite, nämlich die Auswirkung auf unseren Haushalt. Da ist es gut, dass wir nicht jedem Wunsch nach Mehrausgaben gefolgt sind. Denn in Zahlen bedeutet dieser Abschluss, dass die Kosten in diesem Bereich in den nächsten beiden Jahren um ei-

(Thekla Walker)

nen dreistelligen Millionenbetrag – um etwa 240 Millionen € – ansteigen werden.

Nach der Einigung zu den Tarifbeschäftigten stehen jetzt Verhandlungen mit den Beamten an. Unser Interesse ist selbstverständlich, dass wir mit den Beamtinnen und Beamten ein gutes, ein faires Paket schnüren wollen, mit dem beide Seiten gut leben können, das auch längerfristig tragfähig ist, aber eben auch für den Landeshaushalt nachhaltig finanzierbar ist. Auch das ist unser Anliegen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Aus diesem Grund ist es eben richtig, diesen Haushalt nicht auf Kante zu nähen und nicht auf Sicht zu fahren, sondern die langen Linien im Blick zu haben. Dazu gehört die Schuldenbremse ebenso wie die Berücksichtigung von potenziellen Mehrausgaben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, nach Wochen intensiver Beratung wurde eigentlich alles Richtige und Wichtige – und leider auch einiges Falsches – über diesen Haushalt gesagt. Wir sind in die Tiefen der Einzelpläne eingestiegen und haben aus der Vogelperspektive diskutiert, welche Form des Schuldenabbaus volkswirtschaftlich besser ist. Manche haben sich in diesen Debatten leider mehr in die Untiefen der eigenen ideologischen Abgründe verstrickt, als sich konstruktiv mit den Zukunftsfragen dieses Landes zu befassen.

(Zuruf von der AfD: Das waren auch die Grünen!)

Ich will deshalb zum Abschluss der Haushaltsberatungen noch einmal den Blick für die zentralen Herausforderungen und Zukunftsfragen schärfen, um die es unserer Meinung nach in der Haushaltspolitik auch gehen muss. Wir brauchen stabile Haushalte. Man spricht ja in der Ökonomie wie auch in der Psychologie von Resilienz, nämlich der Fähigkeit, plötzliche Veränderungen zu kompensieren. Das heißt, wir brauchen Haushalte, die nicht durch kurzfristige Schwankungen aus dem Lot geraten, die nicht auf Kreditaufnahmen angewiesen sind und damit auch kommenden Haushaltsgesetzgebern und in der Zukunft lebenden Generationen Gestaltungsspielräume bewahren.

Deshalb ist es wichtig, dass wir den Konsolidierungskurs fortsetzen und uns eben nicht von konjunkturellen Mehreinnahmen und in der Folge durch Überschüsse aus dem Vorjahr verlocken lassen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es wäre aber auch nicht nachhaltig, die Belastung auf der anderen Seite durch das Unterlassen öffentlicher Investitionen wieder zu erhöhen. Der Abbau der impliziten Verschuldung ist deshalb nur konsequent.

Wir sorgen mit dem Abbau des strukturellen Defizits gleichzeitig dafür, dass wir auch in den kommenden Jahren keine neuen Schulden machen müssen und dass damit die Schuldenbremse ab dem Jahr 2020 verlässlich und souverän erreicht und in den Jahren danach auch eingehalten werden kann. Den Grundstein dafür legen wir jetzt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Schlussendlich werden wir aber erst dann, wenn wir eine Vermögensrechnung vorliegen haben, zu einer ehrlichen Betrachtung des Landeshaushalts kommen können. Ich bin froh, dass

wir Anfang kommenden Jahres eine solche Vermögensrechnung vorliegen haben werden. Erst dann werden wir Klarheit darüber haben, wo wir wirklich stehen und welche Investitionen wirklich nötig sind, um den Vermögensverzehr, der uns ja auch schon an verschiedenen Stellen bescheinigt worden ist, aufzuhalten.

Nicht nur für uns Grüne, möchte ich sagen, gehört zur Gesamtbetrachtung der Haushaltspolitik auch dazu, den Blick über den Tellerrand des monetär Bezifferbaren hinaus zu werfen. Denn mehr noch als der Sanierungsstau sollte uns auch die ökologische Schuldenkrise Sorgen bereiten. Schließlich sind die Kosten für die Wiederherstellung beschädigter Ökosysteme, die sozusagen als große natürliche Infrastruktur die Basis unseres wirtschaftlichen Wohlstands sind, natürlich um ein Vielfaches höher als die Kosten für einen präventiven Naturschutz.

Brücken, Gebäude, Straßen können saniert und wieder aufgebaut werden, der dramatische Rückgang der Artenvielfalt hingegen, den wir gerade erleben, ist irreparabel und kommt uns zumindest in menschlichen Zeitdimensionen sehr, sehr teuer zu stehen.

Ein Beispiel – wir haben es hier schon gehört – ist der dramatische Rückgang der Fluginsekten, den wir in Deutschland und auch in Baden-Württemberg erleben. Damit sind allein in der Landwirtschaft große Kosten verbunden. Minister Hauk wird es wissen; es wurde auch schon ausgerechnet. Wenn die Bestäubungsleistungen durch Insekten, vor allem durch Honig- und Wildbienen, wegfallen, würde das Kosten im zweistelligen Milliardenbereich verursachen, die nur sehr schwer kompensierbar wären. Wir tun also gut daran, auch die Kosten dieser Ökosystemdienstleistungen mit in die Gesamtbetrachtung einzubeziehen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Ein wirklich nachhaltiger Haushalt ist deshalb ein Haushalt, der die monetären Schulden im Griff hat, der den Vermögensverzehr aufhält und den Erhalt unserer Lebensgrundlagen gleichermaßen im Auge hat. Deshalb sind wir mit diesem Haushalt aus unserer Sicht auf dem richtigen Weg, weil wir neben der Konsolidierung des Haushalts und dem Abbau der impliziten Verschuldung und des Vermögensverzehrs auch in den Klimaschutz, in nachhaltige Mobilität und massiv in den Naturschutz investieren. Damit setzen wir wichtige Impulse für die Wirtschaft in diesem Land und setzen den Fokus auf die ökologische Modernisierung unserer Wirtschaft, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Abschließend möchte ich noch im Namen meiner Fraktion allen danken, die zu der Aufstellung dieses sehr guten und soliden Haushalts beigetragen haben. Namentlich danke ich besonders unserer Finanzministerin Edith Sitzmann, unserer Staatssekretärin Gisela Splett, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Finanzministeriums, dem Ausschussvorsitzenden Stickerberger sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung, die die gute Beratung insgesamt ermöglicht haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Wald das Wort.

Abg. Tobias Wald CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nach vielen Beratungen und Sitzungen steht er nun, der Haushalt 2017. Mit der Dritten Beratung werden wir den Haushalt beschließen und geben die Finanzmittel frei, damit die Landesregierung die wichtigen politischen Schwerpunkte umsetzen kann, die wir ihr mit auf den Weg gegeben haben. So können wir wichtige Akzente für die Zukunft unseres Landes setzen.

Für die CDU-Landtagsfraktion steht der Haushalt 2017 unter dem Motto „Baden-Württemberg fit für die Zukunft machen“. Da nicht alles Wünschenswerte auf einmal machbar ist, setzen wir mit dem Haushalt 2017 Schwerpunkte in den Bereichen Bildung, innere Sicherheit und Justiz, Digitalisierung und Infrastruktur.

Trotz dieser Schwerpunktsetzungen ist für uns eines klar:

(Abg. Anton Baron AfD: Fahrverbote!)

Kein Haushaltsbereich wird vernachlässigt, jeder Landesteil wird berücksichtigt, jede Region wird beachtet, kein Partner des Landes wird benachteiligt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Verhandlungen auf Augenhöhe sind der CDU auch in Zukunft sehr wichtig. So haben wir im November 2016 einen sehr fairen Finanzpakt mit den Kommunen vereinbart. Er garantiert für die gesamte Legislaturperiode Planungssicherheit für alle Beteiligten. Uns war wichtig, Lösungen gefunden zu haben, die essenziell dafür sind, dass Städte und Gemeinden in unserem Land ihre Aufgaben weiterhin gut erfüllen können.

Dazu gehört vor allem die Kopfpauschale für die Integration von Flüchtlingen, die unsere Kommunen meistern müssen, ohne die Bedürfnisse der Gesamtbevölkerung zu vernachlässigen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Wir haben einen Unwetterfonds eingerichtet, welcher elementar für die Städte und Gemeinden in unserem Land ist, damit die Folgen außergewöhnlicher Unwetterkatastrophen abgefedert werden können.

Wir haben mit diesem Haushalt einen kommunalen Sanierungsfonds eingerichtet, damit auch der Sanierungsstau bei den Städten und Gemeinden abgebaut werden kann.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Zu guter Letzt haben wir den Kommunalen Investitionsfonds um 35 Millionen € auf 865 Millionen € aufgestockt. Von dieser Erhöhung profitieren vor allem die Förderprogramme Schulhausbau, Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum und Stadtsanierung.

Sie sehen, meine Damen und Herren: Diese Landesregierung und die Regierungsfractionen sind faire und verlässliche Partner für die Kommunen in Baden-Württemberg.

Solch einen fairen Pakt möchte die CDU-Landtagsfraktion auch mit den fleißigen Beamtinnen und Beamten unseres Landes abschließen. Die hervorragend ausgebildeten, hoch qualifizierten Bediensteten unseres Landes in den Ministerien, der Landesverwaltung, den nachgeordneten Behörden verfügen über exzellenten Sachverstand. Sie leisten jeden Tag hervorragende Arbeit und unterscheiden sich darin nicht von den Angestellten des öffentlichen Dienstes.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Dies gilt auch für die Richterinnen und Richter, die Staatsanwältinnen und Staatsanwälte des Landes. Dies muss auch in einer Wertschätzung für die Beamtinnen und Beamten des Landes seinen Niederschlag finden. Eine leistungsgerechte Besoldung ist ein wichtiger Teilaspekt dieser Wertschätzung.

Wir haben uns in dieser Legislaturperiode zum Ziel gesetzt, dass der öffentliche Dienst wieder attraktiver gestaltet wird und das Land als Arbeitgeber endlich wieder verantwortungsvoll mit den Beschäftigten umgeht. Hierzu zählt für mich auch, die durch den damaligen Finanzminister Dr. Nils Schmid SPD vorgenommene Absenkung der Eingangsbesoldung um 8 % wieder rückgängig zu machen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Zuruf des Abg. Dr. Nils Schmid SPD)

Diese Ungerechtigkeit werden wir zügig wieder zurücknehmen, Herr Dr. Schmid.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Das werden die Mehrheitsfraktionen mit Klugheit entscheiden! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Ich begrüße es, dass in der dritten Verhandlungsrunde am 17. Februar 2017 in Potsdam ein Tarifergebnis, das sich sehen lassen kann, gefunden wurde. Damit wird für beide Seiten Rechtssicherheit geschaffen. Arbeitskämpfe auf dem Rücken der Bevölkerung müssen nicht ausgetragen werden.

Für mich gilt der Grundsatz der Tarifautonomie. Am Schluss muss ein Ergebnis stehen, mit dem beide Vertragspartner – die Beschäftigten des Landes und damit die Verhandlungsführer aufseiten der Gewerkschaften und andererseits der Staat als Arbeitgeber – für die Dauer der Gültigkeit des Tarifvertrags auskommen können. Nach der Bestätigung des Tarifergebnisses durch die Arbeitnehmer müssen wir auch eine Entscheidung treffen, wie das Ergebnis auf die Beamtinnen und Beamten des Landes übertragen werden kann.

Wir haben im Koalitionsvertrag eine klare Regelung getroffen. Eine faire Partnerschaft mit den Beamten und den Angestellten ist uns wichtig. Mit dem Beamtenbund streben wir ein verlässliches Verhältnis für die Dauer der Legislaturperiode an. Hieran können Sie uns messen. Hierzu werden wir in den kommenden Wochen mit unserem Koalitionspartner das Gespräch suchen und gemeinsam mit der Landesregierung eine für alle Seiten tragbare Lösung finden.

Meine Damen und Herren, die wertvollste Voraussetzung für ein gutes Leben im Land ist die Sicherheit. Polizei und Justiz sind wichtige Institutionen und ein Garant für eine hohe Le-

(Tobias Wald)

bensqualität in unserem Land. Deshalb sorgen wir für innere Sicherheit.

Wir sorgen dafür, dass die Polizei die Kommunikation von Gefährdern überwachen kann – egal, ob Telefonate, E-Mails, SMS, Nachrichten per WhatsApp. Dabei halten wir Sicherheit und Freiheit in Balance. Wir konzentrieren uns auf die, die unsere Freiheit und unser Leben bedrohen. So werden wir bis 2021 insgesamt 1 500 neue Stellen für die Polizei schaffen.

(Zuruf von der AfD)

Als ersten Schritt haben wir 381 Stellen in diesem Haushalt festgeschrieben.

16 Millionen € fließen in eine moderne und wirkungsvolle Ausrüstung unserer Polizei. Im Jahr 2017 schaffen wir des Weiteren 16 neue Stellen für den Verfassungsschutz, zudem im laufenden Haushalt 70 zusätzliche Stellen für Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte. Noch einmal rund 70 neue Stellen wird es im Strafvollzug geben. Dies schafft Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in einen starken und handlungsfähigen Staat.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der AfD)

Auch die Schaffung von sozialem Wohnraum trägt zum sozialen Frieden und zum Zusammenhalt in der Gesellschaft bei. Für die CDU-Landtagsfraktion haben die Wohn- und Lebensqualität der Mitmenschen in Baden-Württemberg einen sehr hohen Stellenwert. Gerade in Baden-Württemberg gibt es einen weiter anwachsenden Wohnungsbedarf in den Ballungszentren, den Großstädten und den Hochschulstädten und damit auch eine Verknappung des Wohnraums, was natürlich zu steigenden Mietpreisen führt.

Für die CDU ist es wichtig, die Interessen der Mieter an bezahlbarem Wohnraum und die Interessen der Vermieter an einer rentierlichen Vermietung in Einklang zu bringen. Ausreichender und bezahlbarer Wohnraum in entsprechender Qualität – hierfür steht die CDU.

Der ehemalige Wirtschafts- und Finanzminister Nils Schmid, SPD, hat in den vergangenen fünf Jahren verschiedene Gesetze und Verordnungen federführend betrieben oder erlassen,

(Zuruf von der SPD: Gott sei Dank!)

welche bauwillige junge Familien und die mittelständische Wohnungswirtschaft vor Investitionen in den Wohnungsbau abschrecken

(Abg. Reinhold Gall SPD: So ein Unfug! – Weitere Zurufe)

– natürlich! – und die Schaffung neuen Wohnraums behindern.

(Beifall bei der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Wir haben mehr gebaut als Sie je zuvor!)

Meine Damen und Herren, hören Sie gut zu

(Abg. Reinhold Gall SPD: Unfug! Das wurde unter Grün-Rot beschlossen! Ihr Koalitionspartner!)

– Herr Gall, hören Sie gut zu; drehen Sie sich um, und schauen Sie zu Dr. Schmid –: Erhöhung der Grunderwerbsteuer auf 5 % – heute wollen Sie davon nichts mehr wissen –,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Sie machen gar nichts rückgängig! – Weitere Zurufe)

die beschlossene Umwandlungsverordnung, das umstrittene Zweckentfremdungsverbotsgesetz, die Novelle der Landesbauordnung, die Einschränkung des unbürokratischen Kenntnisgabeverfahrens und selbstverständlich die Umsetzung der Kappungs- und Mietpreisbremse. Wenn Sie das alles nicht wollten, dann haben Sie sich über den Tisch ziehen lassen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Sehr billig! – Weitere Zurufe)

Die CDU-Landtagsfraktion hat alle diese Gesetze in der Vergangenheit abgelehnt, weil sie Giftpfeile für den Wohnungsbau waren und sind.

(Beifall bei der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Sie machen sie gar nicht rückgängig! Dann ändern Sie sie doch! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Meine Damen und Herren, regen Sie sich nicht künstlich auf. Sie haben in der Wohnungsbaupolitik versagt. Hören Sie lieber zu.

(Beifall bei der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Sehr billig! – Abg. Anton Baron AfD: Getroffene Hunde bellen! – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Wollen wir einmal sehen, ob Sie es rückgängig machen! – Weitere Zurufe)

– Es tut mir sehr gut, wie Sie reagieren. Getroffene Hunde bellen.

Die CDU sieht den Wohnungsbau als gesamtgesellschaftliche Aufgabe an. Aus diesem Grund haben wir die Einrichtung einer Wohnraum-Allianz im Koalitionsvertrag festgeschrieben und sofort umgesetzt.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ergebnis bislang null! Das ist unglaublich, wie man so argumentieren kann! – Weitere Zurufe)

Meine Damen und Herren, die ersten Ergebnisse liegen vor. Als Erstes haben wir die Plausibilitätsprüfung entbürokratisiert und das Wohnraumförderungsprogramm wesentlich vereinfacht.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Sehr gut! – Weitere Zurufe – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um etwas mehr Ruhe. – Herr Abg. Wald, fahren Sie bitte fort.

Abg. Tobias Wald CDU: Frau Präsidentin, mich stört das nicht. Getroffene Hunde bellen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der AfD)

(Tobias Wald)

Diese Regierungsfractionen und diese Regierung haben dafür gesorgt, dass auch der ländliche Raum mit sozialem Wohnraum ausgestattet werden kann. Wir haben das Landeswohnraumförderungsprogramm auf 250 Millionen € aufgestockt. Sie sehen, meine Damen und Herren, diese Regierung handelt. Wir stehen für mehr Wohnraum und weniger Bürokratie.

(Beifall bei der CDU – Abg. Anton Baron AfD: Na ja!)

Die Vorgaben in Bezug auf die Plausibilitätsprüfung, die Sie verschärft haben, haben wir wieder abgesenkt, Herr Gall. Das ist ganz klar.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das war aber alles bislang!)

– Warten Sie ab.

An der Anhörung zum neuen Landeswohnraumförderungsprogramm, die in der vergangenen Woche stattgefunden hat, haben so viele Experten wie noch nie teilgenommen. Es gab viel Lob für unsere engagierte Wirtschaftsministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut.

(Beifall bei der CDU – Abg. Sascha Binder SPD: Ihr Koalitionspartner klatscht aber nicht!)

Ich möchte hier auch ausdrücklich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Wirtschaftsministeriums einschließen. Sie machen richtig gute Arbeit. Selbst der Opposition ist hier die Spucke weggeblieben, meine Damen und Herren.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU – Lachen bei Abgeordneten der AfD – Zuruf von der AfD: Der war gut!)

Wichtige Aspekte und Akzente haben wir auch im Bildungsbereich gesetzt.

(Abg. Anton Baron AfD: So schlecht waren wir noch nie!)

Das Kultusministerium erhält zu den 160 bereits bewilligten Neustellen weitere 320 Lehrerstellen. Von der SPD geerbt, meine Damen und Herren, haben wir den Lehrstellenabbau-pfad.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Lachen bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von der SPD: Schon wieder! – Weitere Zurufe)

Ursprünglich sollten tausend Lehrerstellen abgebaut werden.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Wo leben Sie eigentlich? – Weitere Zurufe)

– Herr Stoch, Sie sind auch da, schön. Herzlich willkommen in der Realität, meine Damen und Herren.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Andreas Stoch: Fragen Sie einmal den Ministerpräsidenten!)

Tausend Lehrerstellen sollten abgebaut werden. Aus dieser Erblast machen wir, die Regierungsfractionen, jetzt bei den Schulen durch zusätzliche Investitionen in Informatik, Inklusion und Ganztagsunterricht ein Nettostellenplus. In den

Grundschulen wird wieder mehr gelesen, geschrieben und gerechnet; sie werden gestärkt. Sie hatten das nur angekündigt,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Wir haben es beschlossen!)

und wir setzen es in die Realität um.

(Beifall bei der CDU)

Die Realschule wird als attraktive, leistungsfähige Mitte unseres Bildungswesens deutlich gestärkt. Wir sorgen dafür, dass endlich wieder Qualität und Leistung an unsere Schulen in Baden-Württemberg kommen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU – Abg. Andreas Stoch SPD: Auf Sie hat man gewartet! – Abg. Reinhold Gall SPD: Wenn sich das so abspielt wie Ihr Redebeitrag, dann gute Nacht!)

Der Etat des Kultusministeriums wächst um 360 Millionen €; Frau Dr. Eisenmann wird sich freuen. Meine Damen und Herren, wir sparen mit diesem Haushalt nicht an den Kindern, sondern für die Kinder. Das ist uns, der CDU, sehr wichtig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Sprechblasen! – Abg. Anton Baron AfD: Schuldenabbau!)

Beispielhaft für alle Länder ist auch der von uns vorgenommene Ausbau der digitalen Infrastruktur

(Abg. Andreas Stoch SPD: Den habt auch ihr zustande gebracht!)

für die Zukunftsfähigkeit des Landes.

Mit unserem Digitalisierungspaket über 100 Millionen € für das Jahr 2017 setzen wir starke Akzente. Der Arbeitsmarkt und die Arbeitsweise werden sich durch die Digitalisierung massiv verändern. Mit unserem grün-schwarzen Digitalisierungspaket unterstützen wir das Handwerk, die Industrie, den Handel, die Landwirtschaft bei dieser Jahrhundertaufgabe. In diesem Paket sind auch Mittel für Forschung und Wissenschaft sowie für die Landesverwaltung berücksichtigt.

Damit die erfolgreichen Unternehmen und Handwerker in unserem Land und auch private Haushalte zügig mit schnellem Internet ausgestattet werden können, haben wir die Fördermittel im Bereich des Breitbandausbaus kräftig aufgestockt.

Schnelles Internet – das ist die Kerninfrastruktur des 21. Jahrhunderts – ist ein entscheidender Faktor für die Ansiedlung von Firmen und für alle Wohngebiete. Hier müssen wir schnell handeln, denn die Zukunft beginnt heute.

Aber auch die klassische Infrastruktur, der Straßenbau, ist dieser grün-schwarzen Koalition sehr wichtig.

(Abg. Anton Baron AfD: Fahrverbote!)

Die Regierungsfractionen haben in den Finanzausschussberatungen den ursprünglichen Haushaltsansatz um 90 Millionen € erhöht.

(Abg. Anton Baron AfD: 25 Millionen € verfallen lassen!)

(Tobias Wald)

Dies ist ein einmaliger Vorgang. Insgesamt stehen für Straßen- und Brückensanierungen sowie Neubauprojekte für den Straßenverkehr Landesmittel in Höhe von 405 Millionen € zur Verfügung.

Meine Damen und Herren, wir wollen unser Landesvermögen erhalten und investieren deshalb im ganzen Land in den Straßenbau.

(Abg. Anton Baron AfD: Ach Gott!)

Ich wünsche unserem Verkehrsminister und den jeweiligen Abgeordneten viel Freude bei den Einweihungen von Straßensanierungen und Straßenneubauten in den Wahlkreisen.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Unglaublich!)

Haben Sie bitte immer eine Schere für das berühmte Band dabei – Sie werden sie oft einsetzen können.

(Beifall bei der CDU – Abg. Sascha Binder SPD: Quatsch! Sanierungen! – Abg. Reinhold Gall SPD: Das hatten wir schon mal, Ihre Spatenstichpolitik! – Abg. Andreas Stoch SPD: Schere ohne Band!)

Meine Damen und Herren, der CDU-Landtagsfraktion ist hierbei eines sehr, sehr wichtig – dabei hat auch die SPD versagt –:

(Lachen bei der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wir hatten keine Schere dabei!)

Alle Bundesmittel müssen abgerufen werden. Kein Cent, kein Euro darf zukünftig verloren gehen. Das macht die CDU.

(Beifall bei der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Mein Gott, Wald! – Abg. Andreas Stoch SPD: Das war die SPD, gell?)

– Sie waren doch mit in der Regierung, Herr Stoch.

(Abg. Anton Baron AfD: Was hat denn der Minister im letzten Jahr gemacht? 25 Millionen € sind verfallen! Ist Ihnen das entgangen? – Abg. Andreas Stoch SPD: Wo habt ihr denn den ausgegraben? – Abg. Reinhold Gall SPD: Oh, liebe Leute!)

– Haben Sie es gehört?

Meine Damen und Herren, in allen Landesteilen haben wir viele Polizeireviere, Finanzämter, Gerichte, Schlösser, Universitäten und Universitätskliniken. Diese Regierung und die Regierungsfractionen haben es sich zur Aufgabe gemacht, die Immobilien unseres Landes zu ertüchtigen

(Zuruf von der SPD: Aha!)

und die implizite Verschuldung sukzessive abzubauen. Mir als finanzpolitischem Sprecher der CDU-Fraktion und unserem Arbeitskreis Finanzen war dies sehr wichtig. So werden wir im Haushaltsjahr 2017 für den staatlichen Hochbau 730 Millionen € ausgeben. Wir erhalten unser Landesvermögen und verbessern die Arbeitsatmosphäre für unsere Verwaltungsmitarbeiter im ganzen Land.

Dies alles zu finanzieren war nur möglich, indem wir eine Änderung der Verwaltungsvorschrift zur Schuldenbremse in § 18 der Landeshaushaltsordnung vorgenommen haben. So ist es möglich, auch Sanierungs-, Ersatz- und Erhaltungsmaßnahmen zu finanzieren. Die neue Verwaltungsvorschrift zu § 18 LHO setzt hier klare und strenge Vorgaben. Dies war uns, der CDU, sehr wichtig.

Gerade in Zeiten von Niedrigzinsen – wie aktuell – ist die Investition in den Erhalt des öffentlichen Vermögens sehr sinnvoll. Je länger eine Sanierung hinausgeschoben wird, desto teurer wird sie.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Also handeln wir richtig, indem wir jetzt kräftig investieren. Der Rechnungshof und namhafte Wirtschaftsinstitute bestärken uns in unserem Vorgehen.

Meine Damen und Herren, wir verabschieden heute einen Haushalt mit folgenden Merkmalen:

Der Haushalt wird strukturell gesünder. Wir investieren in die Substanz des Landes und erhalten das öffentliche Vermögen. Wir besetzen Zukunftsfelder und gehen mutig voran.

Zu Beginn meiner Rede habe ich davon gesprochen, dass wir nicht alles Wünschenswerte auch gleich umsetzen können, weil nicht alles umgehend finanzierbar ist. Aber viel Wünschenswertes, vor allem Investitionen in die Zukunft unseres Landes, setzen wir tatkräftig um. Natürlich ist auch für uns eine Tilgung von Altschulden wünschenswert. Aber es geht nicht alles auf einmal. Die CDU-Landtagsfraktion strebt die Schulden tilgung an – ganz klar –, aber eben seriös.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Unseriöse Schulden!)

Wer den Haushalt auf Kante näht, wird Schiffbruch erleiden.

Im Jahr 2017 gibt es noch viele Haushaltsrisiken, meine Damen und Herren. Herr Hofelich wird nachher hoffentlich auch darauf eingehen. Eine Erhöhung der Privatschulförderung steht ins Haus.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Privatschulen brauchen wir auch! – Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Ich nenne weiter den Unterhaltsvorschuss, die Tarifübertragung im öffentlichen Dienst. Nichts ist zum Nulltarif zu haben, auch wenn uns all dies selbstverständlich wichtig, sehr wichtig ist.

Meine Damen und Herren, die mittelfristige Finanzplanung zeigt es sehr deutlich: Die Deckungslücke, die wir von Finanzminister Nils Schmid geerbt haben,

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Reinhold Gall: Lesen Sie mal den Unfug nach, den Sie da erzählt haben! Das müsste Ihnen nachträglich peinlich sein!)

ist zwar durch unsere massiven Konsolidierungsanstrengungen deutlich gesunken; dennoch ist sie noch immer extrem hoch. Wir haben eine große Aufgabe vor uns. 2020 greift die Schuldenbremse. Dank des Beitrags vieler fleißiger Baden-Württemberger mit ihren Steuerzahlungen, mit ihren Ideen, mit ihrer Arbeitskraft, ihrer ehrenamtlichen Leistung ist un-

(Tobias Wald)

ser Land wirtschaftlich stark, können wir den sozialen Frieden wahren und eine hohe Lebensqualität erhalten. Ich sage allen Steuerzahlern und allen Bürgerinnen und Bürgern des Landes herzlichen Dank – ob privat oder in der freien Wirtschaft. Danke schön.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Wir werden achtsam mit den Steuergeldern umgehen, zum Wohle aller Baden-Württemberger. Ob es um Bildung, Forschung, Wissenschaft, Soziales, Infrastruktur, Wirtschaftsförderung oder Wohnungsbau geht, mit ihren Steuergeldern wollen wir Baden-Württemberg für die Herausforderungen der Zukunft fit machen. Der Haushalt 2017, den wir heute verabschieden, ist ein großer Schritt auf diesem Weg.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, bevor wir fortfahren, rufe ich nochmals **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Zustimmung zur Ernennung der Vizepräsidentin des Rechnungshofs Baden-Württemberg

Das Abstimmungsergebnis liegt mir vor, und ich möchte es Ihnen bekannt geben:

An der Abstimmung haben sich 119 Abgeordnete beteiligt.

Der beabsichtigten Ernennung von Frau Ria Taxis zur Vizepräsidentin des Rechnungshofs haben 100 Abgeordnete zugestimmt.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Der Ernennung haben zehn Abgeordnete nicht zugestimmt; neun Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Ungültig waren keine Stimmzettel.

Der Landtag hat damit gemäß § 10 Absatz 1 des Rechnungshofgesetzes der Ernennung von Frau Rechnungshofdirektorin Ria Taxis zur Vizepräsidentin des Rechnungshofs Baden-Württemberg zugestimmt.

Liebe Frau Taxis – Sie sind heute auf der Zuhörertribüne anwesend –, ich gratuliere Ihnen im Namen des ganzen Hauses sehr herzlich und wünsche Ihnen für die neue Aufgabe alles Gute und viel Erfolg.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Damit ist Punkt 1 nun endgültig beendet.

Wir fahren fort mit **Punkt 2** der Tagesordnung:

Dritte Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2017 (Staatshaushaltsgesetz 2017 – StHG 2017) – Drucksachen 16/1117, 16/1420, 16/1421

Ich darf nun das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Meuthen für die AfD-Fraktion erteilen.

Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kollegen Abgeordnete, meine Damen und Herren! Der Wirtschaftsphilosoph Gerd Habermann hatte wohl vollkommen recht, als er über den Menschentypus des Politikers Folgendes schrieb – ich erlaube mir, zu zitieren –:

Der Politiker ist eine derzeit nicht besonders angesehene Menschenklasse, die sich fast nur noch mit Problemen beschäftigt, die sie selbst verursacht hat. Politiker leben heute in der Regel von der, nicht nur für die Politik.

(Beifall bei der AfD)

Und das bedeutet häufig genug, dass sie alle langfristigen Interessen und sachlichen Notwendigkeiten dem Bestreben unterordnen, wiedergewählt zu werden, ihre politischen Pfründe zu wahren.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Wenn ich mir die große Mehrheit dieses Parlaments anschau, dann muss ich leider konstatieren, dass Habermann im Wesentlichen recht behalten hat.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wie z. B. mit Fraktionsspaltung!)

– Ja. Politiker beschäftigen sich vorrangig mit Problemen, die sie selbst geschaffen haben.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Genau! Mit Fraktionsspaltung! – Lachen der Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP und Dr. Markus Rösler GRÜNE – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Sehr gut! Schiff versenkt!)

Meine Vorredner haben eben mit ihren Büttreden davon Zeugnis abgegeben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, ich darf um Ruhe bitten.

Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Ja, Politiker leben häufig von der und nicht für die Politik, wobei sie die langfristigen Interessen ihres Landes

(Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU: Quatsch! So ein Quatsch!)

– das kann ich mir schon vorstellen, dass Sie da laut aufjaulen; das kann ich verstehen; das ist die Geschichte mit den getroffenen Hunden –

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Kollege Meuthen spricht von sich selbst!)

und der Bevölkerung ihren eigenen kurzfristigen Interessen unterordnen: der Wiederwahl und der Sicherung fetter Pfründe. Politiker sind aus diesen Gründen hierzulande nicht sonderlich beliebt.

(Zuruf von der CDU: Warum wollen Sie in den Bundestag?)

(Dr. Jörg Meuthen)

– Ich in den Bundestag? Davon ist doch gar keine Rede. Ich fühle mich hier pudelwohl, Sie glauben es gar nicht, und ich werde hierbleiben – zu Ihrem Verdross.

Sie, liebe länger hier schon Regierende, tun mit dem vorgelegten Haushaltsplan, mit Ihrem Torpedieren der Grundregeln der parlamentarischen Arbeit, mit Ihrem infantilen Gebaren während der Plenarsitzung vor zwei Wochen und vor allem mit Ihrer Gier nach mehr hart erarbeitetem Steuergeld wirklich alles, um den ohnehin schon ramponierten Ruf des Politikerstands noch weiter zu verschlechtern.

(Beifall bei der AfD)

Über Politikverdrossenheit hierzulande braucht man sich dann auch gar nicht mehr zu wundern. Doch Gott sei Dank gibt es ja mittlerweile eine Alternative zu den Konsensparteien.

(Beifall bei der AfD)

Ich spreche hier bewusst von Konsensparteien; denn dass es sich bei den Grünen, der CDU, der SPD und auch der FDP/DVP um solche handelt, wurde in den letzten Wochen hier im Haus eindrücklich unter Beweis gestellt.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Ich denke hier etwa an den Konsens, die Mitarbeiterbudgets der Landtagsabgeordneten mal eben nahezu zu verdoppeln, und ich denke hier auch an den Konsens, die steuerfreie Kostenpauschale mal eben um etwa ein Drittel zu erhöhen. Auf all das hat man sich binnen weniger Tage geeinigt und das binnen 30 Stunden durchs Parlament gepeitscht. Mir wäre es, ehrlich gesagt, ganz lieb, wenn Sie einen solchen Elan, einen solchen Eifer, einen solchen Ehrgeiz auch dann an den Tag legen würden, wenn es um die wirklich gravierenden Probleme dieses Landes geht, etwa um die Verschuldung und um die ausstehende Tilgung dieser Schulden.

(Beifall bei der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Sehr gut!)

Aber da erwarte ich womöglich zu viel von Ihnen, würde dies doch schließlich lediglich dem Land, seinen Bürgern und den kommenden Generationen von Nutzen sein, wohingegen der unmittelbare Nutzen für den einzelnen Abgeordneten daraus weniger ersichtlich wird.

Wenn ich daran denke, dass der Landtag von Baden-Württemberg vor nicht allzu langer Zeit noch ein Feierabendparlament war, dann finde ich es schon beachtlich, wie hier innerhalb kürzester Zeit geradezu Karriereparadiese für verkrustete Altparteienkader aufgebaut wurden und weiter aufgebaut werden.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

So ist das nun einmal, wenn man sich ständig mit Problemen befassen muss, die man im Wesentlichen selbst verursacht hat. Die Probleme werden dann eben mehr und nicht weniger. Die Interventionsspirale kennt kein Erbarmen.

Dass die CDU, die SPD und die Grünen damit kein Problem haben, wundert mich nicht. Schließlich sind das bis ins Knochenmark etatistische Parteien.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Rüdiger Klos AfD: Sehr gut!)

Dass aber die FDP/DVP in dieses Etatistenkarussell steigt, zeigt nur, wie marode diese Partei geworden ist

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

und wie weit sie sich von ihren einst so freiheitlichen Grundsätzen entfernt hat.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Es geht übrigens um den Haushalt!)

– Wollen Sie sagen, dass das, was ich hier vortrage, mit dem Haushalt nichts zu tun hat? Wenn ich über Abgeordnetenbezüge rede, wollen Sie mir erzählen, das habe nichts mit Haushalt zu tun? Das ist eine interessante Sichtweise,

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Tobias Wald CDU)

für die CDU nicht untypisch.

Wissen Sie, da mag der herzige Anblick dieser vor der SWR-Kamera stehenden Kartellparteiquadriga, bestehend aus den Herren Schwarz, Reinhart, Stoch und Rülke, die wie begossene Pudel dastanden, nur wenig hinwegtrösten.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Letzterem, Herrn Rülke, ist immerhin eine Selbstverständlichkeit zugute zu halten, nämlich die Absage an die von den anderen drei zunächst vorgenommene Wiedereinführung staatlicher Pensionen für Abgeordnete dieses Landes.

Ich erinnere Sie einmal daran: Im Jahr 2008 hatten die Landtagsabgeordneten ihre Diäten mit der Begründung erhöht, auf eine private Altersvorsorge umzusteigen. Nun, da Ihnen die private Altersvorsorge keine Erträge mehr bringt, möchten Sie wieder die staatlichen Pensionen einführen – natürlich ohne die Gehaltserhöhung rückgängig zu machen. In Zahlen bedeutet das: Als Abgeordneter mit Diäten in Höhe von rund 7 600 € würde man nach der neuen Regelung pro Mandatsjahr den Anspruch auf eine Rente in Höhe von 190 € pro Monat erwerben. Das ist das Sechsfache des Anspruchs eines Normalverdieners.

Der Verfassungsrechtler Hans Herbert von Arnim bezeichnet das als – Zitat – „grob unangemessen“. Ich erlaube mir, das zu bezeichnen als dreiste Selbstbedienungsmentalität

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

einer sich immer weiter vom Volk entfernenden kleptokratischen Politikerkaste auf Kosten der hart arbeitenden und Steuern zahlenden Bevölkerung.

Meine Damen und Herren, für wie blöd verkaufen Sie eigentlich die Menschen in diesem Land? Was erzählen Sie eigentlich den Sozialrentnern und all denjenigen, die um ihre Renten bangen müssen?

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

(Dr. Jörg Meuthen)

Wissen Sie: Sie üben sich ja alle so gern in der Rhetorik des kleinen Mannes und schwadronieren nur allzu gern von sozialer Gerechtigkeit. Ich sage Ihnen, dass es nicht sozial gerecht ist, sich den Staat zur Beute zu machen, wie Sie das gerade hier tun.

(Beifall bei der AfD)

Aber, wer weiß, vermutlich ist Ihnen all das auf lange Sicht dennoch nicht genug. Der „Unsozialdemokrat“ Martin Schulz hatte als EP-Präsident immerhin einen 35-köpfigen Mitarbeiterstab – das bringen wir hier noch nicht zuwege –, darunter fünf Pressesprecher und zwei Chauffeure für seine zwei Limousinen.

(Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP: Und einen Kammerdiener!)

– Ein Kammerdiener; nicht zu vergessen. Sie haben recht, Herr Aden.

Ein mögliches Modell für den Landtag von Baden-Württemberg – warum nicht? Vielleicht noch Tagessätze für Sitzungen einführen, wie es sich Herr Schulz an sage und schreibe 365 Tagen im Jahr selbst gegönnt hat? Warum auch das nicht? Ein Hoch auf die internationale Solidarität, die von unseren Steuergeldern lebt!

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Meine Damen und Herren, was mussten wir uns vor zwei Wochen hier im Haus nicht alles anhören, als wir unseren Fehler beim Gurs-Antrag – Kostenpunkt 120 000 € – hier im Plenum eingestanden haben. Ich habe selbst hier gestanden: höhnisches Gelächter, spätpubertäres Gehabe, unverschämtes Geschrei. All das dieses Hauses nicht würdig.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Und nun? Nun, nachdem der Druck in der Öffentlichkeit nach dieser geplanten Selbstbereicherungsorgie immer größer wurde, haben Sie zumindest einen Fehler – die Neuregelung zu den Abgeordnetenpensionen – selbst eingestanden und hierzu eine Kommission einberufen. Das ist interessant. Interessant ist der nächste Tagesordnungspunkt, den wir haben werden: Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes zur Änderung des Abgeordnetengesetzes.

(Lachen bei der AfD)

Das muss man sich wirklich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Es geht um eine Drucksache vom 21. Februar, mit der begehrt wird, eine Änderung der Altersversorgung rückgängig zu machen, die hier am 10. Februar 2017 beschlossen worden war. Elf Tage Halbwertszeit eines Gesetzes, das verabschiedet wurde; das ist eine interessante Erfahrung in diesem Haus.

Diese Kommission wird ihre Ergebnisse vermutlich wohl erst nach der Bundestagswahl präsentieren. Gerade noch einmal Glück gehabt. Wie peinlich – wie peinlich! – wirkt es doch, wenn Sie, Herr Schwarz, in die SWR-Kameras ein „Wir haben verstanden“ säuseln.

(Lachen und Beifall bei der AfD)

Mit Verlaub, ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber ich finde, das ist schon von geradezu unfreiwilliger Komik. Nichts haben Sie verstanden, absolut nichts, Herr Schwarz.

Unser haushaltspolitischer Fokus war übrigens von Beginn an ein anderer: Effizienzsteigerungen in allen Bereichen, Gesundheitsschrumpfung in den meisten Bereichen mit Ausnahme der Sicherheit, der Bildung und der Infrastruktur. Ihnen gelingt das leider nicht. Sie schaffen es in diesem Haushalt nicht, Mittel zur Vorbereitung der Baumaßnahmen an der Hochschule für Polizei in Villingen-Schwenningen zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Die Polizei – mit Recht „unser aller Freund und Helfer“ genannt – leidet an Überbelastung, an Personalschwund und an Nachwuchsmangel. Wohin man auch schaut: überall Engpässe durch und durch. Die hohe Erwartung an die Polizei und die ihr von der Politik kaum gewährte Rückendeckung klaffen meilenweit auseinander.

(Zuruf von der AfD: Genau so ist es!)

Wir haben dazu gefordert, mehr Geld für Planungsmaßnahmen zur Beseitigung infrastruktureller Defizite bereitzustellen, um der an sich begrüßenswerten Einstellungsoffensive in diesem Bereich gerecht zu werden. Leider blieb unsere Forderung unerhört. Der Politik mangelt es offenbar an Respekt vor der Polizei,

(Abg. Tobias Wald CDU: Falsch!)

die mehr und mehr zum Prügelknaben der Nation verkommt.

(Beifall bei der AfD – Abg. Rüdiger Klos AfD: Genau richtig!)

Sie wissen, dass das so ist. Sie schaffen es in diesem Haushalt auch nicht, Mittel zur Verfügung zu stellen, um das Alter von Asylbewerbern zu prüfen, und zwar, weil Sie es gar nicht erst wollen. Denn möglich ist das.

(Beifall bei der AfD)

Andere Länder – etwa Dänemark – sind uns da weit voraus. Die Bürger von Baden-Württemberg hätte man mit derlei Maßnahmen mindestens um einen zweistelligen Millionenbetrag entlasten können, doch Sie belasten die Bürger dieses Landes lieber weiterhin.

Sie schaffen es in diesem Haushalt auch nicht, mehr Mittel für die Landesstraßen in Baden-Württemberg zur Verfügung zu stellen, um so die Infrastruktur nachhaltig zu verbessern und die quälende Staudichte zu senken. Stattdessen legen Sie Ihren Schwerpunkt auf den Ausbau von Fußwegen und Rad-schnellverbindungen,

(Heiterkeit bei der AfD)

sodass eine solide Infrastruktur als Basiselement einer florierenden Wirtschaft der Fahrradmanie grüner Ökofantasten geopfert wird.

(Beifall bei der AfD – Abg. Tobias Wald CDU: Völlig falsch! Sie können nicht einmal den Haushalt lesen, Herr Professor Meuthen!)

(Dr. Jörg Meuthen)

Und was besonders ärgerlich ist, lieber Herr Kollege: Sie schaffen es nicht, in Zeiten von Rekordsteuereinnahmen die Schulden zu tilgen – so, wie das etwa in Bayern geplant ist. Dort sollen in den kommenden zwei Jahren jeweils 500 Millionen € Schulden getilgt werden mit dem ambitionierten Ziel, bis 2030 schuldenfrei zu sein.

Auch in Sachsen werden in den nächsten zwei Jahren jeweils immerhin 75 Millionen € Schulden getilgt. In einem Land, das 50 Jahre Realsozialismus durchlebt hat, hat man eben die Lehren aus diesem zerstörerischen Wirtschaftsprogramm gezogen.

Im Land von Daimler, Porsche und Bosch hingegen sind wir gerade dabei, dieses zerstörerische Programm haushaltspolitisch zu testen. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen: Nicht einmal das rot-rot-grün regierte Berlin nimmt heute mehr neue Schulden auf. Wenn das kein Beleg für die schleichende Versozialdemokratisierung dieses Landes hier im Allgemeinen und der Union im Besonderen ist, dann weiß ich es auch nicht mehr.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Tobias Wald CDU – Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Meuthen, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Räßple zu?

Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Des Herrn Abg. Räßple? – Ja. Da bin ich ja einmal gespannt.

Abg. Stefan Räßple AfD: Lieber Herr Fraktionsvorsitzender Meuthen, ich weiß nicht, warum Sie jetzt diese Rede halten, denn wir von der AfD kennen klar die Problematik, aber von den anderen Abgeordneten ist niemand hier im Parlament.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD)

Ich bitte einmal die Kameralleute, hier ins Parlament hineinzugucken

(Beifall bei der AfD)

und einmal zu gucken, wie viele Abgeordnete z. B. von der CDU bei einem so wichtigen Thema wie dem Staatshaushalt noch zuhören.

(Abg. Rainer Hinderer SPD: Dann muss man auch zum Haushalt sprechen! – Zuruf von der CDU: Frage!)

Ich möchte einmal wissen,

(Zurufe – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

ob Sie das für gut oder für schlecht erachten.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Ich beantworte Ihre Frage gern, Herr Kollege Räßple. Ich finde es natürlich beschämend, dass die Anwesenheit der anderen Fraktionen – mit Ausnahme der eigenen – bemerkenswert gering ist. Die SPD ist relativ stark vertreten, die Regierungsfaktionen nur wenig, von der FDP/DVP sehe ich fast niemanden.

(Heiterkeit bei der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Die sind generell wenig vertreten!)

Das wundert mich aber auch nicht wirklich. Vielleicht will man auch nicht unbedingt das hören, was von mir heute gesagt wird. Das wundert mich angesichts dessen, was hier zu verhandeln ist, nicht.

Ich fahre in meiner Rede fort. Wir kämpfen gegen all das, was ich gerade zitiert habe, an. Entsprechend hatten wir an diesem Haushaltsplan viel auszusetzen. Wir haben insgesamt 158 Änderungsanträge eingereicht – in etwa so viele wie die restlichen Fraktionen zusammen. So sieht wahre Oppositionsarbeit aus.

(Lachen bei der SPD – Abg. Sabine Wölfle SPD: Quantität statt Qualität!)

– Frau Kollegin, ich werde darauf zu sprechen kommen.

Wie nicht anders zu erwarten, wurden alle unsere Anträge zunächst einmal pauschal abgelehnt. Das ist auch keine Qualität. Dann müsste man sich inhaltlich damit beschäftigen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf des Abg. Tobias Wald CDU)

Und kommen Sie mir doch bitte nicht mit dem vergleichsweise billigen Argument,

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

dass wir nur quantitativ viel auf die Beine stellen würden. Wir stellen auch qualitativ einiges auf die Beine.

(Abg. Tobias Wald CDU: Nicht ein Antrag ist begründet worden!)

Ich erkläre es Ihnen. Jeder einzelne unserer Anträge war solide gegenfinanziert.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja!)

Im Vergleich dazu ist bei den Änderungsanträgen von Ihnen, von der SPD,

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

von einer Gegenfinanzierung aber nichts mehr zu spüren. Das heißt im Klartext: Würde die SPD regieren, würde sie es in Zeiten von Rekordsteuereinnahmen weder schaffen, Schulden zu tilgen, noch schaffen, keine neuen Schulden aufzubauen. Nein, die SPD würde in Zeiten von Rekordsteuereinnahmen sogar neue Schulden aufnehmen.

(Abg. Anton Baron AfD: So sieht es aus!)

Liebe Genossen, das ist – man kann es nicht anders sagen – im wahrsten Sinn des Wortes eine haushaltspolitische Bankrotterklärung.

Und die FDP, die magentafarbenen Nominalliberalen?

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD – Widerspruch des Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP)

(Dr. Jörg Meuthen)

Ganze 23 Änderungsanträge! Werden wir einmal quantitativ: Ganze 23 Änderungsanträge haben Sie auf den Tisch gezauert. Bei 4 072 Seiten Staatshaushaltsplan bedeutet das alle 177 Seiten einen Änderungsantrag.

(Abg. Tobias Wald CDU: Das ist ja auch logisch! Die Landesregierung hat einen guten Haushalt vorgelegt!)

Chapeau! Sie müssen vom Haushaltsentwurf der Regierung begeistert gewesen sein.

Mein ernüchterndes Fazit: Grün-Schwarz hat nichts getilgt, die SPD hat nichts gedeckt, die FDP/DVP hat nichts gemacht.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Nein, liebe Grüne und liebe Union, vernünftige Haushaltsplanung sieht anders aus. Und nein, liebe SPD und liebe FDP/DVP, wirkliche Opposition steht einer solchen Haushaltspolitik nicht auch noch Spalier; das tun Sie nämlich. All das für eine Omnipräsenz der Politik, die sich mehr und mehr ins gesellschaftliche, aber auch ins private Leben der Menschen einmischt.

Der Schriftsteller und Philosoph Henry David Thoreau schrieb einmal:

Die beste Regierung ist die, welche am wenigsten regiert.

Sie hingegen regieren viel zu viel, anstatt den Bürgern mehr Luft zum Atmen zu geben.

(Beifall bei der AfD)

Sie entlasten die Bürger nicht, sondern Sie belasten sie immer weiter. Mir würde es besser gefallen, Sie würden gar nicht erst regieren. Was wir brauchen, ist ein schlanker, zugleich aber starker Staat. Was wir haben, ist hingegen ein fetter, zugleich aber schwacher Staat.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Jawohl!)

Mit dieser Prioritätensetzung im Haushaltsplan, meine Damen und Herren, wird das alles noch viel schlimmer. Wir legen dort zu, wo wir schon Übergewicht haben, und wir nehmen dort ab, wo wir zulegen sollten.

(Zuruf des Abg. Tobias Wald CDU)

Mit dieser haushaltspolitischen Marschroute wird Baden-Württemberg seine Topform nie erreichen. Nein, mit Ihnen ist kein Staat zu machen. Es wird viel zu viel hart erarbeitetes Steuergeld für obskure, teilweise stark ideologisch motivierte Absurditäten ausgegeben.

(Abg. Anton Baron AfD: Raum der Stille, sage ich da nur!)

Die Selbstbereicherungspläne sind da nur der Gipfel der Unverfrorenheit. Man kann im Anbetracht all dessen eigentlich nur noch von einer riesengroßen Respektlosigkeit gegenüber dem Steuerzahler sprechen.

(Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren, Steuergeldverschwendung ist kein Kavaliersdelikt, sondern eines der zentralen Probleme dieses Staates und dieses Landes. Sie können sich darauf verlassen, dass wir als inoffizielle innerparlamentarische Kartellbehörde hier weiterhin sehr wachsam sein werden.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Ich verspreche Ihnen: Es bleibt ungemütlich für Sie. Verlassen Sie sich darauf.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Stickelberger.

Abg. Rainer Stickelberger SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Ich darf heute als Vorsitzender des Finanzausschusses die Finanzberatungen etwas Revue passieren lassen.

Beginnen darf ich mit dem Dank an alle Beteiligten, an die Kollegin und die Kollegen Fraktionssprecher, an das Finanzministerium mit der Frau Finanzministerin und der Frau Staatssekretärin, an die Vertreter der Ressorts, an den Herrn Ministerpräsidenten – mit ihm hätte ich beginnen sollen – und insbesondere auch an die Landtagsverwaltung, die uns mit Frau von Garnier hervorragend begleitet hat, und an die parlamentarischen Beraterinnen und Berater der Fraktionen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Bevor ich aus Sicht des Finanzausschusses einige kritische Anmerkungen machen darf, will ich eines vorweg ansprechen: Frau Kollegin Walker, Sie haben zum wiederholten Mal behauptet, die SPD hätte keine Deckungsvorschläge erbracht. Herr Meuthen hat das ähnlich bewertet. Sie sollten vielleicht die Protokolle nachlesen, und Sie sollten sich vielleicht auch noch einmal zu Gemüte führen, was Kollege Hofelich in der letzten Beratung ausgeführt hat. Vielleicht reicht es auch einmal zu einem Privatissimum,

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

damit Sie dann auf den neuesten Stand kommen, was die Anträge der SPD-Fraktion angeht.

Herr Kollege Meuthen, ich glaube, Sie haben in der ersten Hälfte Ihrer Rede das falsche Manuskript erwischt.

(Heiterkeit des Abg. Tobias Wald CDU)

Punkt 3 der Tagesordnung kommt erst noch.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Ich habe zum Haushalt gesprochen!)

Der von mir geschätzte Kollege Wald hat uns, der SPD, große Ehre angetan. Man könnte meinen, die SPD hätte in der letzten Legislaturperiode den Ministerpräsidenten gestellt.

(Abg. Tobias Wald CDU: Sie wollten auf Augenhöhe mit den Grünen regieren! – Gegenruf des Abg. Andreas Stoch SPD: Davon kann bei euch nicht die Rede sein! – Abg. Rüdiger Klos AfD: Superminister!)

(Rainer Stickleberger)

Zu viel der Ehre, aber trotzdem herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Haushaltsberatungen werfen ein besonderes Licht auf die Rolle des Parlaments im Geflecht der Gewaltenteilung zwischen Regierung und Parlament. Wir sprechen nicht umsonst vom Königsrecht des Parlaments. Diese Wahrnehmung des Königsrechts in sachgerechter Weise setzt zweierlei voraus: zum einen den Respekt gegenüber dem Parlament und zum anderen die selbstbewusste Wahrnehmung seiner Rechte durch das Parlament selbst.

Mir ist aufgefallen, dass der Herr Ministerpräsident und fast alle Fachministerinnen und Fachminister ihren Haushalt jeweils hier in der Einzelberatung vertreten haben. Die Frau Finanzministerin hat dies nicht getan. Sie hat in der letzten Debatte ihre Staatssekretärin vorgeschickt.

(Zuruf: Die kennt sich aus!)

Da müssen wir uns schon fragen: Warum?

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der AfD und der FDP/DVP)

Vielleicht, Frau Ministerin Sitzmann, haben Sie sich zu Herzen genommen, was die SPD Ihnen schon lange vorwirft: Tricksen, Tarnen, Täuschen. Offensichtlich hat Sie das zur inneren Einkehr bewegt, und Sie waren mutlos und wollten nicht mehr hier ans Mikrofon.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der AfD und der FDP/DVP)

Aber – das ist mir ernst, Frau Ministerin – der Landtag hat einen Anspruch darauf, dass Sie Ihren Haushalt hier vertreten und Ihrer Verantwortung als Ressortministerin gerecht werden, so wie das die Verfassung des Landes Baden-Württemberg vorschreibt.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Richtig!)

Da hätten wir auch Ausführungen zum Einzelplan Ihres Hauses, zum Einzelplan 12, zur mittelfristigen Finanzplanung von Ihnen erwartet. Davor haben Sie sich gedrückt.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das geht so nicht!)

Zur Wahrnehmung der Rolle im Rahmen des Königsrechts des Parlaments gehört es, dass die Regierung kontrolliert wird. Diese Kontrollfunktion gegenüber der Regierung ist nicht allein Aufgabe der Opposition, sondern des Parlaments insgesamt. Das setzt voraus, dass die Beratungen im Finanzausschuss und hier im Hohen Haus den Regeln und den gesetzlichen Vorgaben entsprechend durchgeführt werden.

Wie halten es die Regierungsfractionen damit? Anträge zur zweiten Lesung wurden teilweise erst kurz vor Toresschluss – am Abend vorher oder am Vormittag des Plenartags – eingebracht. Es ist bei Anträgen nicht unüblich, dass sich im Laufe der Beratungen noch Ergänzungen ergeben oder auch tagesaktuell neue Aufgaben stellen. Aber hier handelt es sich um große Brocken, wie z. B. das Sicherheitspaket, obwohl das

Thema Sicherheit seit Monaten ein Topthema ist. Es wurde hier auf den letzten Drücker vorgelegt.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE meldet sich.)

Oder nehmen Sie Ihren Last-minute-Kompromiss zu den Musikschulen. Das war eher eine peinliche Nummer, die Sie da aufgeführt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf der Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch – Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Lassen Sie eine Zwischenfrage des Abg. Dr. Rösler zu?

Abg. Rainer Stickleberger SPD: Ja, gleich. – Sie haben eine Reihe von finanzwirksamen Projekten auf den letzten Drücker vorgelegt und haben damit eine sachgerechte Beratung im Finanzausschuss und im Parlament unterlaufen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Rösler, bitte.

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Kollege Stickleberger, ich habe Sie in meiner letzten Rede – bei der zweiten Lesung – in Ihrer Funktion als Ausschussvorsitzender für Ihre stringente und sehr lobenswerte Arbeit sehr gelobt.

Ist Ihnen aber klar, dass Sie im Augenblick nicht als Ausschussvorsitzender reden und dass es nicht üblich ist, dass ein Ausschussvorsitzender politische Attacken reitet?

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist mehr als legitim! – Abg. Anton Baron AfD: Böse, böse! – Weitere Zurufe)

Wir hatten in der letzten Legislatur auch den Kollegen Wolf – damals Finanzausschussvorsitzender – in dieser Form darauf hingewiesen, und er hat sich daran auch gehalten.

Noch einmal: Sie wissen, wir schätzen uns, glaube ich, gegenseitig sehr, aber Ausschussvorsitz und politische Attacken sind voneinander zu trennen. Letzteres wäre eine Aufgabe des Kollegen Gruber.

(Abg. Sascha Binder SPD: Das ist eine reine Verfahrenssache! – Abg. Reinhold Gall SPD: Wir als SPD unterstreichen voll, was er sagt! – Weitere Zurufe – Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Moment! Ich bitte um etwas mehr Ruhe. – Jetzt kann Herr Kollege Stickleberger antworten.

(Abg. Anton Baron AfD: Frau Präsidentin, das war so absurd!)

Abg. Rainer Stickleberger SPD: Herr Kollege Dr. Rösler, als Ausschussvorsitzender ist es, glaube ich, schon meine Aufgabe, darauf zu achten, dass die verfassungsmäßigen und gesetzmäßigen Rechte des Ausschusses gewahrt werden.

(Beifall bei der SPD und der AfD sowie Abgeordneten der FDP/DVP)

Das habe ich getan.

(Rainer Stichelberger)

Ich darf einen weiteren Punkt erwähnen, den großen Bereich Datenschutz. Die Fraktionen waren sich immer einig, dass dieser Bereich ganz wichtig ist. Daher haben wir dieses Thema auch beim Landtag angesiedelt. Was ist passiert? Die Vorgaben wurden zunächst zu den Resten zurückgestellt. Das ist okay, wenn intern zunächst noch Beratungsbedarf besteht. Das kann man akzeptieren. Aber dann wurden die Vorgaben erst zur zweiten Lesung wieder aufgelegt. Ich glaube, bei einem so wichtigen Thema, über das die Fraktionen bereits seit Oktober untereinander kommuniziert haben,

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

wäre es im Interesse der Stärkung des Parlaments wichtig gewesen, hier zusammenzuarbeiten und zu einer gemeinsamen Vorlage zu kommen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der AfD –
Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Wir nehmen ja auch in anderen Bereichen die Aufgabe wahr, an der Stärkung der Landtagsverwaltung, an der Stärkung des Parlaments interessiert zu sein. Deshalb sollten wir das dann auch für unsere eigenen Abläufe umsetzen und uns in den Beratungen entsprechend verhalten.

Meine Damen und Herren, besonders gravierend ist in Bezug auf die Verschiebung der Gewichtung vom Parlament auf die Regierung die Thematik „Implizite Verschuldung“. Es ist natürlich richtig, neben den Kreditmarktschulden die implizite Verschuldung in Augenschein zu nehmen und zu schauen, wie man das in Zukunft regelt. Wir haben die Verpflichtung zur Nullneverschuldung in der Zukunft, und wir nehmen natürlich auch die implizite Verschuldung ins Auge.

Für Kreditmarktschulden haben wir in § 18 der Landeshaushaltsordnung eine definitive Regelung. Jetzt steht im Haushaltsgesetz, dass § 18 so anzuwenden ist, dass auch mit dem Abbau impliziter Schulden die Verpflichtung zur Tilgung von Schulden erfüllt werden kann. Eine entsprechende Verordnung, die dann möglich ist, hat das Finanzministerium am 16. Dezember bereits erlassen.

Das bedeutet, dass uns im Haushaltsgesetz vorgegeben wird, wie ein anderes Gesetz, das schon besteht, auszulegen ist – ein Gesetz, das im Übrigen mit einer ganz anderen Intention geschaffen wurde –, und dass der Verwaltung wesentliche Regelungen in diesem Gesetz zur eigenmächtigen Ausfüllung dieser gesetzlichen Ermächtigung vorbehalten bleiben. Das geht meines Erachtens schon an die Grundfesten des Gewaltenteilungsprinzips und verschiebt eigentlich die Balance zwischen Regierung und Parlament zugunsten der Regierung.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der AfD)

Ich habe auch Bedenken, ob dies mit unserer Verfassung in Einklang steht. In Artikel 61 der Verfassung des Landes Baden-Württemberg steht:

Die Ermächtigung zum Erlass von Rechtsverordnungen kann nur durch Gesetz erteilt werden. Dabei müssen Inhalt, Zweck und Ausmaß der erteilten Ermächtigung bestimmt werden.

Dies geschieht gerade im Haushaltsgesetz nicht, sondern dies verschiebt die Entscheidungsbefugnisse auf die Exekutive, auf die Verwaltung. Das sollte sich ein Parlament nicht bieten lassen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Rüdiger Klos AfD)

Der Herr Ministerpräsident hat im Zuge der Sicherheitsdebatte, insbesondere im Zusammenhang mit terroristischen Angriffen, darauf verwiesen, dass man bei Neuregelungen auch an die Grenze des verfassungsrechtlich Zulässigen gehen müsse. So weit, so gut. Aber die Grenze des verfassungsrechtlich Zulässigen ist, was die implizite Verschuldung angeht, aus meiner Sicht überschritten.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Rüdiger Klos AfD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich kurz auf einen Komplex eingehen, der uns als Parlament insgesamt am Herzen liegen sollte. Bund und Länder stehen vor großen Herausforderungen, auch das Land Baden-Württemberg. Es ist schon angeklungen – dem kann ich mich nur anschließen –: Wir verfügen Gott sei Dank über eine hoch qualifizierte Verwaltung mit guten Fachkräften, Beamten und Angestellten, die jeden Tag ihren Dienst versehen. Dafür spreche ich ihnen meinen herzlichen Dank und ein großes Lob aus.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Dass dies in Zukunft so bleibt, muss unser gemeinsames Ziel sein. Deshalb müssen wir uns verstärkt darum kümmern, wie wir Nachwuchskräfte gewinnen, wie wir im Wettbewerb mit anderen Anbietern am Markt mit unseren Besoldungsvorschriften, unseren Angeboten an Arbeitnehmer, Beamte und Angestellte bestehen. Ich glaube, da lohnt es sich, gemeinsam im Interesse des Landes zu handeln. Das betrifft vor allem die Entlohnung der Beamtinnen und Beamten, aber auch die Frage: Wie halten wir es mit der Eingangsbesoldung? Es ist schon angeklungen – und eines ist auch klar: alle vier Fraktionen, die früher schon im Landtag vertreten waren, haben daran ja mitgewirkt –: Es gab unter einer von der CDU und unter einer von den Grünen geführten Regierung eine Absenkung.

(Abg. Tobias Wald CDU: In der Wirtschaftskrise, ja!
Aber nicht in der Hochphase der Steuerzahlungen!)

Das war damals aufgrund der Haushaltslage auch richtig. Ich kann mich gut erinnern – der eine oder andere Kollege wird sich auch erinnern –: Wir haben über Orientierungspläne mit massiven Einschnitten, Vorgaben, insbesondere auch Einsparungen im Personalbereich gesprochen. Ich glaube, deshalb ist es angebracht, dass wir unsere Wertschätzung für die Arbeit junger Menschen, die in den öffentlichen Dienst kommen, auch zum Ausdruck bringen, indem wir neben der Perspektive für mehr Teilzeitarbeit, einer familienfreundlichen Arbeitszeitgestaltung, der Entfristung von Arbeitsverträgen, mehr Telearbeitsplätzen auch an der Eingangsbesoldung Änderungen vornehmen.

(Beifall bei der SPD)

Im Koalitionsvertrag steht dies als Zielsetzung, und in den Absprachen dazu, die nicht unter Vorbehalt stehen, ist das ebenso der Fall. Der Finanzausschuss hätte sich schon gewünscht,

(Rainer Stickelberger)

dass die Finanzministerin hier im Zuge der Haushaltsberatungen einen Aufschlag macht, ein Signal setzt. Im jetzigen Haushalt ist kein Anreiz für junge Nachwuchskräfte enthalten, in die Verwaltung zu kommen.

(Abg. Tobias Wald CDU: Das haben Sie doch in Ihrer Regierungszeit beschlossen! Sie haben die Eingangsbesoldung abgesenkt, die Beihilfe gestrichen! Entschuldigung! Jetzt wollen Sie das Rad zurückdrehen! Das passt doch nicht! – Weitere Zurufe)

– Das haben Sie mit den Grünen vereinbart, Herr Kollege Wald. Das steht doch in Ihrem Koalitionsvertrag.

(Abg. Tobias Wald CDU: Wir haben vereinbart, dass wir es zurücknehmen! Sie haben es durchgeführt, und wir nehmen es zurück!)

Ich meine, dieses Anliegen sollte ein gemeinsames Anliegen des Parlaments sein.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD – Zurufe – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Ich darf um etwas mehr Ruhe bitten.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Warum sprechen Sie da eigentlich immer uns an, Frau Präsidentin? Entschuldigung!)

– Ich spreche alle Kolleginnen und Kollegen an. Im Übrigen sollte das in Ihrem Interesse sein. Es redet immerhin Ihr Kollege.

(Abg. Anton Baron AfD: Da haben Sie recht, Frau Präsidentin!)

Ich habe insgesamt um Ruhe gebeten.

(Heiterkeit bei der AfD)

Fahren Sie bitte fort.

Abg. Rainer Stickelberger SPD: Sie haben den Tarifabschluss des öffentlichen Dienstes vernommen, und ich glaube, jetzt sind wir, das Land, gefordert, entsprechend tätig zu werden. Herr Dr. Rösler, gestatten Sie mir, dazu Folgendes zu sagen: Die SPD stellt sich eine zeit- und inhaltsgleiche Umsetzung vor, wie es andere Bundesländer schon beschlossen haben – SPD-geführte Bundesländer unter Beteiligung der Grünen an der Regierungsverantwortung. Zur Beruhigung der CDU: Das gilt auch für den Freistaat Bayern.

Da sind wir im Interesse einer leistungsfähigen Verwaltung, die vor immer größeren Herausforderungen steht, die zu meistern sind, gemeinsam gefordert. Ich glaube, es ist nicht gut, wenn sich im Zuge der Finanzberatungen bei solch wichtigen Themen die Finanzministerin oder die Landesregierung wegducken; das darf nicht sein.

(Abg. Daniel Rottmann AfD: Alles eine Frage der Prioritäten!)

Wir wollen schon wissen, wohin die Reise geht, und erwarten jetzt grundsätzliche Aussagen. Drücken gilt nicht! Weg-

ducken gilt nicht! Wir wollen hier klare Kante sehen. Dass dies unbequem ist, haben wir auch bei anderen Themen. Wir wissen z. B. nicht – auch das ist ein finanzpolitisches Thema –, was nun eigentlich bei CETA oder was bei Abschiebungen nach Afghanistan gilt, ob sich der Innenminister durchsetzt oder jeweils erst die Genehmigung des Parteivorstands der Grünen eingeholt werden muss. Und in der Bildungspolitik haben wir die Chaostage erlebt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der AfD)

Wir haben es hier mit einer Komplementärkoalition zu tun, bei der man den Eindruck hat, dass zwei Regierungen nebeneinander agieren,

(Heiterkeit bei der AfD)

denen aber die gemeinsame Idee, wie dieses Land in der Zukunft gestaltet wird, fehlt. Das hat unser Land nicht verdient.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der AfD – Vereinzelt Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Aden das Wort.

Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, vielen Dank. – Sehr geehrte Damen und Herren! Dritte Lesung, Abschluss der Beratungen des Haushaltsplans für das Jahr 2017. Ich habe das nachfolgende kleine Gedicht schon einmal im Finanzausschuss vorgetragen. Aber ich denke, es passt auch hier im Plenum ganz gut. Es handelt sich um einen kleinen Vierzeiler – vielleicht erinnern sich die Mitglieder des Finanzausschusses daran –:

*Der Minister des Innern kann sich nicht erinnern.
Der Minister des Äußern kann sich nicht äußern.
Der Minister des Krieges ist nicht des Sieges.
Nach dem Minister für Finanzen muss alles tanzen.*

Was will ich damit sagen, sehr geehrte Damen und Herren?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Helau! – Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Gesunde Finanzen sind für unseren Staat wichtig. Dies aber war schon das Nette, das Humorvolle an meiner Rede, Frau Ministerin.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen und der AfD)

Ich denke, wir müssen uns jetzt tatsächlich auch einmal mit der Lage beschäftigen.

Fangen wir einmal ganz einfach allgemein an. Die gegenwärtig gute wirtschaftliche Lage in Deutschland darf uns nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir in einer sehr volatilen Weltwirtschaftsordnung agieren. Entwicklungen vollziehen sich sehr schnell. Sie erinnern sich vielleicht daran, wie schnell in den Sechzigerjahren gewisse Industrien zusammengebrochen sind: Dual, Nixdorf, Unterhaltungsindustrie, Agfa usw. So etwas kann schnell und unverhofft wiederkommen.

(Dr. Gerhard Aden)

Es ist nicht in Stein gemeißelt, dass die Autoindustrie, von der deutschlandweit 20 % der gewerblichen Arbeitsplätze direkt oder indirekt abhängen, besonders in Baden-Württemberg weiterhin Bestand hat oder ihren enormen Beitrag zur Wertschöpfung in Deutschland und speziell in Baden-Württemberg in der jetzigen Höhe weiterhin erbringt.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Anton Baron AfD)

Bis vor Kurzem sehr starke Handelspartner – ich denke da an Großbritannien und die USA – sind, wenn ich einmal so sagen darf, auf der Flucht vor Europa. Wer hätte das vor einem Jahr gedacht?

Was will ich damit sagen? Es zeigt sich, dass wir finanzpolitisch in einer sehr guten Lage agieren und jetzt viele Möglichkeiten hätten, unserer Verantwortung nachzukommen.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Dies kann sich jederzeit ändern. Darum wäre jetzt aktives Handeln geboten.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Die Regierung macht dies mit ihrem Haushalt aber nicht. Die Bürger verspüren sehr wohl, dass nicht alles Gold ist, was glänzt – null Zinsen, steigende Inflation, explodierende Mieten und Immobilienpreise. Die Euro-Geldmenge steigt in ungeahnte Höhen. Die EZB kauft Staats- und Unternehmensanleihen in Billionenhöhe. Man spricht schon von Helikoptergeld, das sie unter das Volk streuen will, damit es endlich Geld ausgibt. Europäische Verträge werden nicht eingehalten.

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Der ehemalige italienische Ministerpräsident Renzi hat in diesem Zusammenhang gesagt: „Dann müssen wir eben die Verträge an die geänderten Umstände anpassen.“

(Abg. Anton Baron AfD: Und da wundert man sich über den Brexit!)

Das ist doch eine verkehrte Welt: Wer Geld leiht, bekommt noch etwas dazu.

(Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

Die Stadt Fellbach beispielsweise bekommt für einen Kassenkredit 0,05 % der Kreditsumme bezahlt. Die Geldmehrpoltik der EZB hat sich von der realen Wirtschaft total abgelöst. Im September 2016 meldete die FAZ, dass im europäischen Bankensystem 1 Billion € sozusagen herumgeistern.

Keynes „Deficit Spending“ ist in allen Köpfen. Die Maastricht-Kriterien machen eine Obergrenze von 60 % im Verhältnis zwischen Schulden und Bruttoinlandsprodukt zur Pflicht.

(Abg. Anton Baron AfD: Ja!)

Selbst Deutschland reißt diese Latte von 60 % –

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

von manchen anderen Staaten wollen wir in diesem Zusammenhang gar nicht sprechen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

„Deficit Spending“ kann in Zeiten von Krisen und Krieg zeitweise angebracht sein. Außerhalb solcher Notzeiten führt es nur zur Inflation. Vor allem aber wird ein Grundprinzip von Keynes immer wieder vergessen: Investieren in schlechten Zeiten, Sparen und Tilgen in guten Zeiten. Gespart, meine Damen und Herren, wird aber in der gelebten Praxis nie. Dabei ist gerade jetzt Zeit, und Tilgen wäre angebracht.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Vor diesem Hintergrund gilt der Ausspruch: Haushalte werden in guten Jahren ruiniert. Das Jahr 2016 war finanziell ein außerordentlich gutes Jahr, und auch 2017 wird finanziell ein außerordentlich gutes Jahr werden. Das wissen wir.

Frau Ministerin Sitzmann eröffnete die Haushaltsberatungen im Finanzausschuss mit der Feststellung, dass wir mit einem rechnerischen Überschuss von 3,5 Milliarden € in diese Beratungen gehen können.

(Ministerin Edith Sitzmann: Das stimmt nicht!)

Geld, sehr geehrte Damen und Herren, ist geprägtes oder gedrucktes Vertrauen in Staat und Gesellschaft. Geldentwertung und Überschuldung sind unmerkliche, leise Prozesse. Die Lösung dieser Prozesse wird fast immer auf die nächste Wahlperiode verschoben. So macht es auch die grün-schwarze Landesregierung.

Woher kommen eigentlich die Überschüsse? Vor allem doch daher, dass die öffentlichen Haushalte in Milliardenhöhe von den hohen Ausgaben der Leute profitieren, weil sich Geldanlagen nicht mehr lohnt. Die Überschüsse kommen doch nicht daher, dass man an der einen oder anderen Stelle den Gürtel enger schnallt, wie die Regierung immer behauptet.

(Abg. Anton Baron AfD: Ja!)

Im Schatten der Steuereinnahmen macht man sich bei der strukturellen Einsparung im Haushalt einen schlanken Fuß. Da hätte sich die FDP/DVP von der Regierung aber wirklich mehr erhofft.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Bei den Überschüssen gibt es nach den Gewinnern natürlich auch Verlierer. Der Staat ist hier der Gewinner, der Normalbürger verliert. Die Niedrigzinsphase macht viele Lebensplanungen von Menschen obsolet. Sie müssen jetzt länger arbeiten, um ihren Lebensstandard im Alter aufrechtzuerhalten. Sie müssen sich mit niedrigen Lebensversicherungszahlungen abfinden, die Altersrenten sinken. Es geht sogar so weit, dass viele Rentner weiterarbeiten müssen, weil ihnen sonst im Alter das Geld zum Leben nicht reicht.

Diese Tatsachen haben sogar unser Parlament erreicht und zu den turbulenten Ereignissen von vor 14 Tagen geführt.

(Dr. Gerhard Aden)

Die Mittelschichten werden ausgepresst, da bei Geringverdienern mangels Vollstreckungsmasse nichts mehr zu holen ist, und die Wohlhabenden haben häufig andere Ausweichmöglichkeiten.

Fazit in der jetzigen Situation: Die öffentlichen Haushalte jubeln, der Mittelstand wird in die Zange genommen, die Selbstständigkeit wird zum Auslaufmodell, man flüchtet in die Arme der großen Konzerne.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Hier muss man dringend den Mittelschichten wieder etwas zurückgeben. Dafür trat und tritt die FDP ein.

(Abg. Anton Baron AfD: Na ja!)

Nun kommt die grün-schwarze Koalition ins Spiel. Sie rühmt sich bei diesen Ausgangsbedingungen, auch im Jahr 2017 einen Haushaltsentwurf ohne Aufnahme neuer Schulden eingebracht zu haben. Laut Haushaltsordnung wäre diese Regierung verpflichtet, die Überschüsse von 411 Millionen € in die Tilgung von Kreditmarktschulden zu stecken. Gemacht wird das aber nicht.

Was wir jetzt erleben, ist eine Vernebelungstaktik. Wir erleben eine fundamentale Umdeutung des Wortes „Schulden“. Die SPD hat in der letzten Legislaturperiode schon damit angefangen. Man spricht jetzt von der Tilgung von „impliziten Schulden“.

Dazu passend war in der ZEIT vom 2. Februar 2017 ein außerordentlich interessanter Beitrag zum Thema: Wer im Besitz der Worte ist, bestimmt das Denken. In dem Artikel heißt es u. a.: George Orwell lässt in seinem berühmten Roman „1984“ einen

... Dezenten aus dem „Wahrheitsministerium“ dozieren: „Kapist du denn nicht den eigentlichen Sinn von Neusprech?“ Beschweigen und Beschneiden sollen die „Bandbreite der Gedanken einengen“.

Und ich füge hinzu: verändern. Wer im Besitz der Worte ist, wer neue prägt oder alte nicht mehr benutzt, verändert das Denken.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

So macht es die Regierung mit der Weiterverwendung des Ausdrucks „implizite Schulden“. Wenn man das Wort „Schulden“ aus dem Sprachschatz tilgt bzw. durch Zusätze verändert, macht man es in absehbarer Zeit unmöglich, auch nur an Schulden zu denken. Hier liegt das eigentlich Verwerfliche, das Beklagenswerte im Regierungsentwurf des Haushalts. Das Wort „Schulden“ wird relativiert.

(Beifall bei der FDP/DVP und der AfD)

Warum spricht diese Regierung in diesem Zusammenhang nicht von „impliziten Verpflichtungen“? Das klingt doch viel besser, hat sogar einen positiven Grundton, vermittelt Verantwortung und Zuneigung nach dem Motto: „Vater Staat wird für euch schon sorgen. Ihr könnt alle schlafen. Wir machen das schon.“

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Ohne mit der Wimper zu zucken, werden Investitionsrückstände, Sanierungsmaßnahmen, notwendige Reparaturarbeiten zu „Schulden“ erklärt. Man kann dann stolz behaupten: „Seht her, die Regierung baut Schulden ab, weil sie investiert.“ So kann man sich schön vor der Umsetzung der Tilgungsverpflichtung drücken.

Die Regierung verkennt doch völlig, dass Investitionen bei solidem Haushalten gerade vom Haushalt erwirtschaftet werden müssen. Sie gibt damit im Grunde zu, dass der Haushalt nicht in der Lage ist, Schuldendienst und Investitionen zu erwirtschaften. Dabei wäre beides ohne Probleme möglich und notwendig – sogar mehr als das.

Die FDP/DVP-Fraktion fordert, in diesem Jahr nicht nur die eigentlich gesetzlich vorgeschriebenen 411 Millionen €, sondern darüber hinaus weitere 200 Millionen € zur Tilgung von Kreditmarktschulden in den Haushalt einzustellen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Das tut sie nicht, weil sie die Schuldentilgung wie eine Monstranz vor sich herträgt. Vielmehr fordert sie diese Extratilgung, weil das jetzt möglich ist, weil die Umstände in diesem Jahr entsprechend günstig sind.

Wenn meine Fraktion in einem Entschließungsantrag zusätzlich fordert, in Zukunft 25 % der Überschüsse langfristig in die Tilgung zu stecken, dann erkennt sie an, dass Schuldentilgung per se keinen Wert darstellt, und realisiert auch, dass das Niedrigzinsumfeld durchaus auch für Investitionen genutzt werden kann.

Wir sehen die Notwendigkeit von beidem: Investitionen und Schuldentilgung. Möglich wäre es.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Die FDP/DVP-Fraktion ist allerdings überzeugt, dass die Regierung positive oder negative Signale ins Land schicken kann. Wenn Sie bei Ihrem Haushaltsentwurf, sehr verehrte Frau Ministerin, die psychologische Komponente völlig außer Acht lassen, dann begehen Sie unseres Erachtens einen Fehler. Aber Sie lassen diese Komponente außen vor. Anders kann man sich Ihren Haushaltsentwurf nicht vorstellen.

Ich möchte nur an die Situation im Jahr 2008 erinnern. 2008 gab es die Bankenkrise. Finanzminister Steinbrück und Kanzlerin Merkel stellten sich in Berlin vor die gesamte deutsche Medienlandschaft und behaupteten überzeugend: „Die deutsche Regierung garantiert für Spareinlagen deutscher Sparer.“

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Wir wissen selbst genau, dass diese Aussage keinen realen Hintergrund hat.

(Abg. Anton Baron AfD: Wie „Die Rente ist sicher“!)

Aber diese Aussage hat dazu geführt, dass die Bürger nicht zur nächsten Kreissparkasse gerannt sind und ihre Konten geplündert haben. Es ist nicht zu einem Bankenrun gekommen, es ist nicht zu einem Schwarzen Freitag gekommen.

(Dr. Gerhard Aden)

Sehr geehrte Frau Ministerin, das meine ich mit Psychologie. Das ist wichtig, und das erkennen wir in Ihrem Haushaltsentwurf nicht.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wenn wir jetzt in dieser komfortablen finanziellen Situation nicht in der Lage und willens sind, auch nur ein klein wenig Schulden zu tilgen, dann kommt bei den Menschen im Land ein ganz, ganz falsches Signal an. Das Signal lautet: Schuldentilgung gibt es nicht, solange wir nicht müssen. Der Bürger realisiert: Schulden werden nie mehr zurückbezahlt.

Die Leute lesen auch Zeitungen. Sie bekommen auch mit, dass die öffentlichen Kassen gut gefüllt sind. Sie bekommen auch mit, wie eine Sozialleistung die andere ablöst. Sie bekommen aber auch mit und sehen es an ihren Rentenbescheiden, an ihren Pensionsmitteilungen, an ihren Betriebsrentenberechnungen und Statusmitteilungen, dass die Altersvorsorge gefährdet ist, dass Altersarmut droht, dass keine Rücklagen geschaffen werden können.

Wir haben einen Rekordhaushalt mit einem Umfang von 48 Milliarden €. Die Landesschulden – genauer: die expliziten Kreditmarktschulden – belaufen sich in etwa auf die gleiche Höhe. Ohne eigenes Zutun haben sich die Zinszahlungen aufgrund des Zinsumfelds um 140 Millionen € auf 1,7 Milliarden € reduziert. Wie viel zusätzliches Geld für Pensionen, eine Erhöhung der Eingangsbesoldung, für Investitionen usw. wäre vorhanden, wenn man diese Schuldenlast nicht wie einen Rucksack mit sich herumtragen würde?

In der letzten Woche haben sich die Tarifpartner des öffentlichen Dienstes der Länder auf eine Lohnsteigerung geeinigt. Glückwunsch an die hart arbeitenden Beschäftigten des Landes – auch wenn die Zahlen gerade mal die Inflationsrate ausgleichen.

In gleicher Weise würden wir auch gern den Beamten gratulieren. Eine Übernahme des Abschlusses in gleicher Höhe und zum gleichen Zeitpunkt wäre gerechtfertigt – auch wenn diese natürlich nicht umsonst zu haben ist –, wofür wir, die FDP/DVP-Fraktion, uns aussprechen. Wir sind klar dafür, weil es jetzt an der Zeit ist, dass auch die Beamten wieder an der Entwicklung der Gehälter teilnehmen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Was jedoch macht die grün-schwarze Regierung? Sie packt das ganze Verhandlungspaket in ein Paket mit Statusfragen, mit einzelnen Verwaltungsteilen und vor allem mit den Verhandlungen über den Einstieg in die Abschaffung der abgesenkten Eingangsbesoldung. Was heißt das konkret? Am Ende werden die Beamtinnen und Beamten die Rücknahme dieser Ungerechtigkeit wieder selbst mit geringeren Gehaltssteigerungen bezahlen müssen. Gerechtfertigt ist das nicht, und eine Wertschätzung für die Beamten sieht anders aus.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Die Regierung hat jetzt – jetzt! – die Möglichkeit, Schulden zu tilgen und den Landeshaushalt nachhaltig und strukturell schlanker zu machen. Spielräume dafür sind vorhanden. Diese Gelegenheit versäumt sie, und zwar mit Ansage. Dass sich die Finanzministerin fragt, dass sich die Grünen fragen: „Wa-

rum sollen wir Schulden der alten Regierung tilgen? Wir haben sie doch gar nicht gemacht!“, ist zwar menschlich verständlich, ist aber leider verantwortungslos.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Dass aber die CDU die Chance verpasst, wenigstens einen Funken an finanzpolitischer Haltung zu zeigen, indem sie zumindest anfängt, die Schulden zu tilgen, die sie selbst gemacht hat, ist für mich und ist für uns, die FDP/DVP, sehr enttäuschend.

(Beifall bei der FDP/DVP und der AfD)

Zum Abschluss zitiere ich aus dem Wirtschaftsteil der FAZ vom 18. Februar 2017. Dort heißt es:

Deutschland und Europa brauchen mutige Politiker, die langfristig denken, geeignete Wege zum Abbau der Schuldenmentalität kennen, diese Wege beschreiten und eine breite Öffentlichkeit von den Vorzügen dieser Strategie zu überzeugen verstehen.

Genau das bringt zum Ausdruck, was die FDP schon seit Jahren fordert:

(Lachen des Abg. Anton Baron AfD)

Verantwortungsbewusstsein gegenüber den nachfolgenden Generationen, die andernfalls die Zeche zahlen.

Ich komme zum Schluss. Sehr geehrte Frau Ministerin, bei der zweiten Lesung hatte ich in Ihre Richtung vom Haushaltsentwurf als einem Opus magnum gesprochen, also einem großen Werk. Da hatte ich mich versprochen. Ich meinte natürlich ein Opus primum, ein Erstlingswerk. Erstlingswerke haben ja in aller Regel die Eigenschaft, dass sie noch nicht vollständig sind, noch nicht hundertprozentig sind. Aber ich hoffe, dass bei der Aufstellung des Doppelhaushalts 2018/2019

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sie nicht mehr befasst ist!)

Ihr Opus primum tatsächlich zu einem Opus magnum werden kann.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Sitzmann das Wort.

Ministerin für Finanzen Edith Sitzmann: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Am 25. April 1952 wurde unser Land Baden-Württemberg gegründet, also vor fast 65 Jahren.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ein Grund zum Feiern!)

Diese 65 Jahre waren eine erfolgreiche Zeit für unser Land. Sie waren eine in der Geschichte des Südwestens einmalige Periode des Friedens, der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, der Sicherheit und auch des wachsenden Wohlstands.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

(Ministerin Edith Sitzmann)

Meine Damen und Herren, es ist schön, und wir können glücklich und stolz sein, dass wir hier in Baden-Württemberg leben können.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Es gibt aber leider auch eine Schattenseite: Das war nicht ganz umsonst. Wir haben natürlich – das wird im Rückblick klar – auch einen Schuldenberg aufgetürmt.

(Abg. Winfried Mack CDU: Es war nichts umsonst!)

Ich sage es unter Bezugnahme auf Ihre Rede, Herr Dr. Aden: Letztendlich sind dies die Schulden des Landes Baden-Württemberg, so, wie es auch die Steuereinnahmen des Landes Baden-Württemberg sind. Jeder muss mit dieser Situation umgehen, auch ich als Finanzministerin, die ich auch insgesamt verantwortlich für das bin, was wir heute vorfinden: für das, was positiv ist, aber auch für die Bereiche, in denen es noch Handlungsbedarf gibt.

1959 betrug der Schuldenstand 500 Millionen €. 1972 waren es 1,7 Milliarden € Schulden. Zehn Jahre später war es schon das Zehnfache, 11,5 Milliarden €. Die Schulden sind in den darauffolgenden Jahrzehnten dann jeweils um weitere 10 Milliarden € auf heute ca. 47 Milliarden € angestiegen.

Meine Damen und Herren, das ist fast so viel wie die gesamten geplanten Ausgaben für das Jahr 2017, die rund 48 Milliarden € betragen.

Meine Damen und Herren, wir haben alle gemeinsam als Erstes die Verantwortung dafür, dass dieser Schuldenberg nicht weiter wächst. Die grün-schwarze Landesregierung hat sich vorgenommen und ist fest entschlossen, dass wir beginnend mit dem Haushalt 2017 und eben auch für die kommenden Jahre die Geschichte dieses stetig wachsenden Schuldenbergs beenden werden.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Eine Nullneuerschuldung ist in einzelnen Jahren gelungen: 1972, 2008, 2009, 2011, 2012, 2015, 2016.

(Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Sie ist mit diesem Haushalt 2017 erneut gelungen: keine neuen Schulden, keinen einzigen Cent.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Abg. Anton Baron AfD: Aber auch keine Tilgung!)

Es ist leider schon lange her, dass es eine ganze Legislaturperiode gegeben hat, in der keine neuen Schulden gemacht wurden,

(Abg. Anton Baron AfD: Bei 40 % Steuermehreinnahmen ist das kein Wunder! Das kriege ich auch hin!)

und zwar war das 1960 bis 1964. Das wollen wir und das werden wir auch wiederholen, meine Damen und Herren: keine neuen Schulden in dieser Legislaturperiode. Grün-Schwarz macht Schluss mit der Politik auf Pump.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Warum macht das Sinn? Zu hohe Schulden können die Handlungsfähigkeit des Staates dauerhaft gefährden. Das hat nicht zuletzt auch die Eurokrise gezeigt. Hohe Zinslasten engen die Gestaltungsspielräume zukünftiger Generationen ein. Meine Damen und Herren, wir werden alles dafür tun, um die Weichen für eine gute Zukunft zu stellen.

Derzeit brummt die Wirtschaft, das Wachstum ist dynamisch. Aber dazu, ob das immer so bleiben wird, gibt es doch Fragezeichen. Die meisten Ökonomen gehen davon aus, dass ab 2020 auch aufgrund der demografischen Entwicklung mit einem abflachenden Wirtschaftswachstum zu rechnen ist.

Darauf müssen und werden wir uns auch bereits heute finanzpolitisch einstellen. Wir wollen den Haushalt heute wetterfest für morgen machen. Deshalb beenden wir die Politik auf Pump und stellen den Landeshaushalt langfristig nachhaltig auf, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Diese solide Finanzpolitik ist die Voraussetzung dafür, dass wir im Interesse der Bürgerinnen und Bürger unsere Aufgaben dauerhaft gut erfüllen können und Baden-Württemberg auch in Zukunft stark und erfolgreich bleiben kann, wie es das in den vergangenen 65 Jahren war.

Für das Haushaltsjahr 2017 – ich hatte es bereits gesagt – planen wir Ausgaben von 48 Milliarden €. Wofür geben wir das Geld aus? 2,7 Milliarden € z. B. fließen in den Länderfinanzausgleich. Das ist mehr als jeder 20. Euro des Landeshaushalts. Deshalb war es so wichtig, dass Ministerpräsident Kretschmann hier hart verhandelt hat und wir dann ab 2020 mit einer deutlichen Entlastung für Baden-Württemberg rechnen können.

(Zuruf: Das hätten wir schon früher haben können!)

3,7 Milliarden € umfasst der Haushalt des Innenministers. Mehr als jeder zwölfte Euro im Haushalt steht für die innere Sicherheit und für die Digitalisierung zur Verfügung. 5,2 Milliarden € – mehr als jeder zehnte Euro – fließen in Wissenschaft, Forschung und Kunst. Mehr als jeder fünfte Euro fließt in die Bildung der Kinder in unserem Land: 10,6 Milliarden €. So viel war noch nie im Kultusetat vorhanden, meine Damen und Herren. Das ist ein gutes, richtiges und wichtiges Signal für die Zukunft.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Es ist auch ein gutes und richtiges Signal für die Zukunft, dass unsere Kommunen fast genauso viel, nämlich 10,1 Milliarden €, erhalten – mehr als jeden fünften Euro –, um ihre Aufgaben vor Ort gut erfüllen zu können.

Also: Gute Bildung, exzellente Wissenschaft, innere Sicherheit, starke Kommunen, das sind die wichtigsten Ausgabebereiche im Landeshaushalt. Wir statten die Schulen im Land, die Hochschulen, die Polizei und die Kommunen so aus, dass sie ihre Aufgaben gut und verlässlich wahrnehmen können.

Es ist auch wichtig, das mit Planungssicherheit zu tun. Deshalb war der Hochschulfinanzierungsvertrag für die Hochschulen in unserem Land so wichtig, und deshalb ist auch der Pakt mit den Kommunen, den wir geschlossen haben, so wichtig und so wertvoll. Er gibt beiden Seiten Planungssicherheit bis einschließlich 2021.

(Ministerin Edith Sitzmann)

Wir kümmern uns auch um andere Bereiche, die ich bislang noch nicht genannt habe: um die Justiz, die Landwirtschaft, den Verkehr, Krankenhäuser, die Integration, Naturschutz und Klimaschutz.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Wir haben alle wichtigen Bereiche und auch alle Menschen in Baden-Württemberg im Blick, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Das gilt selbstverständlich auch für die Beschäftigten des Landes Baden-Württemberg. Wir sind uns bewusst, dass wir, um die Aufgaben in Schule, in Polizei, in Finanzverwaltung, in der Justiz erfüllen zu können, gut ausgebildete, motivierte und verantwortungsvolle Beschäftigte unabdingbar brauchen. Deshalb wollen wir auch, dass die Beschäftigten des Landes an der guten wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben können.

Mehr als ein Drittel der Ausgaben des Landes im Haushalt sind Personalausgaben, insgesamt fast 17 Milliarden €. Am vergangenen Wochenende gab es erfreulicherweise eine Einigung bei den Tarifverhandlungen, und dieser erzielte Tarifabschluss bedeutet für Baden-Württemberg in den Jahren 2017 und 2018 eine Steigerung um zusammen 4,99 %. Meine Damen und Herren, trotzdem ist es eben so, dass uns dies angesichts der Schuldenbremse natürlich auch vor finanzpolitische Herausforderungen stellt, obwohl wir ja Vorsorge getroffen haben und 1 Milliarde € zurückgestellt haben, um auf Tarifsteigerungen entsprechend reagieren zu können.

Wir werden auf jeden Fall mit den Vertretern der Beamten, dem Beamtenbund, sowie den Richterinnen und Richtern und den Gewerkschaften zeitnah in Gespräche eintreten und hoffen, dass wir eine Vereinbarung erreichen können, die einerseits den Beschäftigten und andererseits dem Landeshaushalt gerecht wird und dafür sorgt, dass wir auch in Zukunft einen attraktiven öffentlichen Dienst in Baden-Württemberg haben, wo auch viele junge Menschen Interesse daran haben, hier für das Land und seine Bürgerinnen und Bürger zu arbeiten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Wir kümmern uns aber auch um die vielen anderen Bereiche, meine Damen und Herren. Wir kümmern uns z. B. darum, dass ein Quartiersmanagement für ein selbstständiges Leben im Alter in Stadt und Land ausgebaut werden kann, wir kümmern uns um Radwege, um Naturschutz, um die Bergwacht und um ein Mietersolarprogramm. Sie sehen, wir haben breit gefächerte Aufgaben. Bei allem überlegen wir uns immer, ob wir das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler bestmöglich verwenden.

Haushaltskonsolidierung soll und muss nach meinem Verständnis auch Impulse für Innovation und Veränderung setzen. Nicht immer ist es hilfreich, all das, was man in der Vergangenheit getan hat und was in der Vergangenheit gut und richtig war, auch in der Zukunft fortzusetzen. Nicht immer ist es hilfreich, immer mehr vom Gleichen zu finanzieren. Wir haben das Ziel und den Anspruch, mit den eingesetzten Mitteln mehr Effizienz, mehr Qualität und noch bessere Ergebnisse zu erreichen.

Deshalb, meine Damen und Herren, wird auch der Landesrechnungshof auf Initiative der Kultusministerin und von mir die Ressourcensteuerung im Kultusbereich untersuchen. Wir hoffen, dass wir bereits im Mai erste Zwischenergebnisse erwarten können.

Wir legen also mit dem Haushalt 2017 ein solides Fundament für eine gute Aufgabenerfüllung in diesem Jahr und sorgen für eine Weichenstellung für eine gute Zukunft in den kommenden Jahren, meine Damen und Herren.

Wir haben die erfreuliche Situation, dass die Arbeitslosigkeit derzeit so niedrig ist, wie sie es seit der Wiedervereinigung noch nie gewesen ist. Wir haben in Baden-Württemberg nahezu Vollbeschäftigung. Mir persönlich ist es besonders wichtig, dass wir mit 2,9 % auch die niedrigste Jugendarbeitslosenquote bundesweit haben. Das ist für jeden einzelnen Jugendlichen enorm wichtig, das ist aber auch für die Zukunft des ganzen Landes enorm wichtig. Junge Menschen brauchen eine Perspektive. Auch da werden wir uns in Zukunft weiter engagieren.

Ja, die Steuereinnahmen entwickeln sich positiv. Die Zinsen sind auf einem historisch niedrigen Tiefstand. Die finanzielle Lage des Landes ist gut. Darüber können wir uns auch freuen.

Zwei Fehler wollen wir aber nicht machen: Wir wollen Risiken, die es tatsächlich gibt, nicht ausblenden, und wir wollen auch nicht so tun, als wäre aufgrund der augenblicklich guten Finanzlage der Landeshaushalt bereits auch langfristig gut aufgestellt. Die Einhaltung der Schuldenbremse ist kein Selbstläufer. Sie muss von uns noch erarbeitet werden, meine Damen und Herren. Aber ich bin sehr zuversichtlich, dass wir den Weg dahin gemeinsam gut beschreiten und das Vorhaben auch zu Ende bringen können.

Aber die Risiken, die es in der Tat gibt, sind natürlich beachtlich. Es treibt ja nicht umsonst viele Menschen um, wie denn die Signale aus den USA seit der Wahl des neuen Präsidenten aussehen. Werden sich die USA abschotten? Kommt es zu einem Handelskrieg mit möglicherweise verheerenden Folgen für unsere exportstarke Wirtschaft? Ferner geht es auch um die wichtige Frage: Wie geht es 2017 mit der Europäischen Union weiter? Findet Europa zu neuer Handlungsstärke zurück? Wir wollen es hoffen und alles, was in der Macht der Landesregierung liegt, dafür tun.

Auch angesichts dieser Unwägbarkeiten ist es wichtig, dass wir solide und nachhaltig haushalten und mit Vorsicht und Bedacht planen. Genau das tun wir, meine Damen und Herren.

Wir haben in diesem Landeshaushalt 150 Millionen € für dauerhafte Mehrausgaben zugunsten sinnvoller Investitionen und Projekte verankert. Im Gegenzug haben wir aber ein Vielfaches, nämlich 800 Millionen €, dauerhaft eingespart. So haben wir es auch geschafft, dass die strukturelle Lücke in der neuen mittelfristigen Finanzplanung deutlich reduziert werden konnte.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Lassen Sie mich an dieser Stelle auf das eingehen, was einige Vorredner gesagt haben, nämlich auf das Thema „Implizite Verschuldung“. Leider, Herr Aden, kann ich nicht für mich

(Ministerin Edith Sitzmann)

in Anspruch nehmen, den Begriff „implizite Verschuldung“ erfunden zu haben,

(Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP: Das ehrt Sie! –
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das spricht
für Sie!)

sondern es geht eben darum, deutlich zu machen – das war ein Anliegen des Landesrechnungshofs –, dass wir nicht nur Kreditmarktschulden haben, sondern dass wir auch im Bereich der Infrastruktur, bei den landeseigenen Gebäuden, Straßen und Brücken sowie bei Pensionsverpflichtungen ungedeckte Schecks haben – so will ich es einmal sagen –, die auf die Kreditmarktschulden noch obendrauf kommen. Wir sind in der Pflicht, auch diese implizite Verschuldung abzubauen, meine Damen und Herren, und genau das tun wir im Haushalt 2017.

Wir investieren kräftig in die Sanierung der Infrastruktur, und wir fühlen uns von Studien bestätigt, die neuerdings erschienen sind. Jetzt gerade wieder wurde eine Studie der Bertelsmann Stiftung veröffentlicht, die in der Niedrigzinsphase ganz genau das empfiehlt, nämlich Sanierungsstaus abzubauen und in die Infrastruktur zu investieren. Auch die Fratzscher-Kommission hatte das vorher schon empfohlen. Auch seitens der SPD wird es empfohlen. Der SPD-Kanzlerkandidat empfiehlt, zu investieren und nicht Schulden abzubauen.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Landeshaushaltsordnung!)

Was macht die SPD hier im Land? Sie will die strukturellen Ausgaben deutlich erhöhen, sagt jedoch nicht, wie sie es finanzieren will. Zusätzlich will sie noch Kredite von 411 Millionen € am Kreditmarkt tilgen. Das geht leider nicht zusammen. Sie haben hier keine solide Gegenfinanzierung für Ihre Forderungen vorgelegt, lieber Kollege Stickelberger und liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Es ist eben nicht so, dass wir da verfassungsmäßig in schwierigen Fahrwassern unterwegs wären. Sie haben gesagt, wir hätten die verfassungsrechtlich zulässige Grenze überschritten. Das ist in keinerlei Hinsicht der Fall. Wenn wir heute schon im Jahr 2021 wären, dann könnten wir, wenn wir dann eine Schuldenbremse in der Landesverfassung verankert haben, über diese Frage diskutieren. Das ist derzeit aber nicht der Fall.

Was wir getan haben, ist: Wir haben die in § 18 der Landeshaushaltsordnung aufgelisteten Möglichkeiten erweitert. Wir sagen: Im Staatshaushaltsgesetz und im Haushaltsplan ist hinterlegt, wofür diese Mittel verwendet werden. Sie können es nachlesen: Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen, Ersatzinvestitionen, Tilgung von Schulden am Kreditmarkt, Tilgung von Eventualverbindlichkeiten und Zuführungen an den Versorgungsfonds. All das ist mit diesen Mitteln möglich, aber auch nichts anderes. Wir halten das für einen verfassungskonformen, nachhaltigen und wirtschaftlichen Weg. Auch der Landesrechnungshof ist hier mit uns einer Meinung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Wenn wir über die Vorsorge für die Zukunft sprechen, möchte ich noch betonen, dass wir mit dem Haushalt 2017 Vorsorge für Pensionsverpflichtungen treffen, und zwar im Umfang von weiteren 720 Millionen €. 720 Millionen € werden wir zurücklegen, um auch zukünftigen Pensionärinnen und Pensionären ihre Pension zu sichern.

(Abg. Anton Baron AfD: Da haben die Bürger etwas davon!)

Oftmals wird ja Bayern zum Vergleich herangezogen. Ich kann Ihnen sagen: Bayern hat die jährlichen Zuführungen zu den Pensionsverpflichtungen auf 100 Millionen € gedeckelt, Baden-Württemberg hingegen sorgt mit 720 Millionen € vor. Auch das zeigt: Dieser Haushalt ist nachhaltig und zukunftsfähig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Abg. Anton Baron AfD: Davon profitieren die Bürger! – Gegenruf des Abg. Tobias Wald CDU)

Er ist auch deshalb nachhaltig, weil wir mit einer Rücklage in Höhe von fast 150 Millionen € für Risiken vorsorgen. Wir sorgen also heute vor, damit wir auch in Zukunft mit Risiken gut klarkommen können.

Meine Damen und Herren, wir konnten vor Kurzem – die Kollegin Walker hat es bereits erwähnt – von der Ratingagentur Standard & Poor's wieder die Bestnote AAA erhalten. Der Ausblick ist stabil. Ich finde, das ist eine gute Bestätigung unserer Arbeit und auch des Haushalts, der heute hier verabschiedet wird.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Ich möchte an dieser Stelle allen, die daran mitgewirkt haben, ganz herzlich danken.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Tobias Wald CDU)

Dazu, Herr Kollege Stickelberger, gehört auch meine Staatssekretärin Gisela Splett, die selbstverständlich bei allen Beratungen dabei war. Ich habe mich sehr gefreut, dass sie den Einzelplan 06 und den Einzelplan 12 hier im Plenum – selbstverständlich mit allem Respekt vor dem Haushaltsgesetzgeber – vertreten hat.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das war eine sehr gute Rede!)

Ich danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Finanzministeriums. Ich gehe davon aus, sie alle freuen sich bereits darauf, demnächst in die Vorbereitung des Haushalts 2018/2019 einzutreten.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Natürlich!)

Nach dem Haushalt ist vor dem Haushalt, meine Damen und Herren.

Aber erst einmal herzlichen Dank für die gute Arbeit für diesen Haushalt 2017. Das gilt auch für die Mitglieder des Finanzausschusses hier im Landtag, für den Vorsitzenden des Finanzausschusses, Herrn Stickelberger, das gilt für die Mit-

(Ministerin Edith Sitzmann)

glieder des Landesrechnungshofs, die auch in all den Stunden mit dabei waren – Herr Präsident Munding, herzlichen Dank dafür –, und das gilt natürlich auch für die Fraktionen, für den Landtag, für alle Abgeordneten insgesamt.

Lassen Sie mich zusammenfassen: Wir verabschieden heute einen Haushalt, der eine gute Finanzausstattung für wichtige Aufgaben und Investitionen in diesem Jahr sicherstellt. Wir verabschieden einen Haushalt, der die Zukunft fest im Blick hat, der die Weichen in die richtige Richtung stellt. Wir verabschieden einen Haushalt, der wetterfest ist. Aus all diesen Gründen bitte ich um Ihre Zustimmung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Stelly. Präsident Wilfried Klenk: In der zweiten Runde erteile ich das Wort für die Fraktion GRÜNE der Kollegin Walker.

Abg. Thekla Walker GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich hatte heute eigentlich vor, nicht viel zur AfD zu sagen. Aber nach der Rede von Herrn Dr. Meuthen, der jetzt leider auch nicht hier im Raum ist, um die weitere Debatte zu verfolgen,

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Ich bin ja da! – Zurufe – Unruhe)

möchte ich einmal erwähnen: Die heutige Rede von Herrn Dr. Meuthen hat wieder einmal gezeigt, dass er sich nicht die Mühe gemacht hat, sich mit der Sache zu beschäftigen, um die es eigentlich geht.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das stimmt ja oft nicht so ganz, was er da sagt! – Zuruf des Abg. Rüdiger Klos AfD)

Mir scheint, dass die einzige Zahl, mit der Sie sich seriös beschäftigt haben, die Zahl Ihrer Anträge ist. Man muss jetzt aber leider einmal sagen, dass die Quantität, wie man hier feststellt, eben recht wenig über die Qualität Ihrer Anträge ausgesagt hat,

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Rüdiger Klos AfD: Umgekehrt!)

zumal Sie sich auch in den Beratungen nicht die Mühe gemacht haben, Ihre Anträge überhaupt zu begründen. Das möchte ich an dieser Stelle noch einmal erwähnt haben.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: So ein Unfug! – Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD – Unruhe)

Auch der sogenannte Gurs-Fehler oder -Irrtum, der Ihnen da unterlaufen ist, kann an dieser Stelle ruhig noch einmal erwähnt werden. Ihnen war durchaus bekannt – es wurde auch offen angesprochen –, um welche Summen es sich handelt und dass es sich um eine Umschichtung handelt. Sie haben genau im Lichte dieses Wissens die Entscheidung getroffen, den entsprechenden Antrag zu stellen – nur, damit dies noch einmal klar gesagt wird.

(Beifall bei den Grünen, Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP sowie des Abg. Andreas Kenner SPD)

Man muss schon sagen: Auch insgesamt war die Rede, die wir von Ihrer Seite heute gehört haben, einfach unglaublich. Bezüglich Art und Ausmaß der Verachtung des Parlaments, der Politik und der Politiker,

(Lachen bei Abgeordneten der AfD – Abg. Rüdiger Klos AfD: Das ist ja Unfug hoch zehn! – Weitere Zurufe)

die wir von Ihrer Seite hören, gibt es im deutschen Parlamentarismus wenig Vergleichbares, zumindest in der deutschen Nachkriegszeit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Dann hätte ich noch ein paar Worte an die SPD zu sagen.

(Glocke des Präsidenten)

Stelly. Präsident Wilfried Klenk: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Schweickert?

Abg. Thekla Walker GRÜNE: Ja.

Stelly. Präsident Wilfried Klenk: Kollege, bitte.

Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Frau Kollegin, vielen Dank für das Zulassen der Zwischenfrage. – Stimmen Sie mit mir darin überein, dass von der AfD in der zweiten Lesung noch behauptet worden ist – Thema „Alternative Fakten“ –, die AfD hätte sogar mehr Anträge gestellt? Das wird jetzt in der dritten Lesung wieder revidiert. Stimmen Sie zu,

(Zuruf von der AfD: Was?)

dass dem so ist, dass hier einfach mit unterschiedlichen Zahlen hantiert wird und die Fakten so verdreht werden, wie man es möchte?

Abg. Thekla Walker GRÜNE: Ja, Herr Dr. Schweickert, da stimme ich Ihnen zu.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Kurz und knapp. – Jetzt kommen wir noch einmal zu der Sache, über die wir heute eigentlich reden:

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Das ist der Haushalt. Da muss ich sagen: Ich war jetzt schon etwas überrascht, wie Sie, Herr Stickelberger, heute hier aufgetreten sind.

(Unruhe)

Sie wissen, dass wir Ihre Arbeit als Ausschussvorsitzender sehr schätzen, und als solcher sind Sie ja zunächst hier aufgetreten. Der Vorwurf des angeblichen Verfassungsbruchs wegen der Änderung der Landeshaushaltsordnung, den Sie uns hier machen, ist ja jetzt nicht ganz trivial. Deswegen bin ich auch etwas überrascht, weil Sie sozusagen während der gesamten Beratungszeit diesen Vorwurf oder, sagen wir einmal, die Frage, ob das denn so sein könnte, mit keiner einzigen Silbe erwähnt haben.

(Zuruf von der SPD: Was?)

(Thekla Walker)

Erst jetzt, zum Abschluss der Beratung, in der dritten Lesung, damit zu kommen

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Besser spät als nie!)

finde ich dann doch etwas überraschend. Das kann ich dann aber auch nicht sehr ernst nehmen, wenn Sie das erst zu diesem Zeitpunkt hier an dieser Stelle formulieren.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Wolfgang Drexler: Er ist der Ausschussvorsitzende! Was soll er denn darstellen?)

Zum anderen – Sie haben auch die Frage von Herrn Dr. Rösler gehört – muss man sich schon fragen, in welcher Rolle man dann als Ausschussvorsitzender zu den Themen redet. Wir waren doch etwas überrascht.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Man muss einmal sehen, ob das jetzt der Usus ist, dass man dann hier in diesen verschiedenen Rollen zu den inhaltlichen Themen spricht.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Er hat die Rechte des Ausschusses eingefordert! – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Und des Parlaments insgesamt! – Weitere Zurufe – Glocke des Präsidenten)

– Ja, aber es ist auch so, dass er im Namen des Ausschusses Dinge formuliert hat,

(Zurufe von der SPD – Glocke des Präsidenten)

die seitens des Ausschusses nicht gefordert worden waren. Ich lege da schon Wert auf die Feststellung, dass das nicht der Fall war.

Zum Schluss möchte ich noch sagen:

(Abg. Reinhold Gall SPD: Aber selbst Parlamentsrechte verletzen! Ganz einfach!)

Von Ihrer Seite haben wir jetzt gehört, was Sie alles an Mehrausgaben fordern, dass Sie Schuldentilgung fordern usw. usf. Im Rausch der guten Einnahmen scheinen Sie wirklich vergessen zu haben, mit welchen Mehrausgaben und Risiken wir auch zu rechnen haben. Die Finanzministerin hat es gerade eben noch einmal dargelegt. Ich kann es nur noch einmal wiederholen: Wir haben die Tarifabschlüsse, wir haben auch die Verhandlungen mit den Beamten, wir haben die Schulen in freier Trägerschaft, wir haben die Frage des Unterhaltsvorschusses, die noch ungeklärt ist, Steuersenkungspläne des Bundes können im dreistelligen Millionenbereich bei uns aufschlagen, und es gibt darüber hinaus – auch das ist mehrfach erwähnt worden – die Risiken der konjunkturellen Entwicklung auf Basis der weltpolitischen Entwicklung, die wir nicht kalkulieren können.

All das muss man als guter Haushälter einkalkulieren. Das haben wir mit diesem Haushalt gemacht, mit dem wir den Konsolidierungskurs fortgesetzt haben, aber gleichzeitig Sanierungstau abgebaut haben. Ich denke, dass wir damit insgesamt den richtigen Weg gehen und auch für zukünftige Ent-

wicklungen – auch schwierige Entwicklungen, die auf uns zu kommen werden – gerüstet sind.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Hofelich. – Herr Kollege Hofelich, Sie sind dran.

(Vereinzelte Heiterkeit – Abg. Peter Hofelich SPD: Ich habe fest auf den Kollegen Wald gesetzt! – Gegenruf des Abg. Andreas Stoch SPD: Das ist immer ein Fehler! – Abg. Reinhold Gall SPD: Da kam schon in der ersten Runde nichts raus! – Weitere Zurufe – Glocke des Präsidenten)

Abg. Peter Hofelich SPD: Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Ich darf in der zweiten Runde noch ein paar Dinge zurechtrücken. Die Zeit wird dafür voraussichtlich nicht reichen, aber ich versuche es einmal.

Erstens möchte ich schon einmal sagen – auch, weil es gerade angesprochen worden ist, Frau Walker –: Herr Stickelberger hat hier als Ausschussvorsitzender gesprochen und nicht für den Ausschuss.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist ein Unterschied!)

Aber trotzdem möchte ich angesichts der Art, wie das hier vorgetragen wird, schon einmal eines sagen: Er spricht hier für die SPD als Oppositionspartei, und deswegen ist klar, dass wir hier auch Positionen vertreten. Es geht mir allmählich schon auf den Senkel, wie wir hier von Grün erzogen werden sollen.

(Beifall bei der SPD und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD – Zurufe von der SPD, u. a.: Genau! – Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE – Weitere Zurufe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Kollege Dr. Rösler, jetzt ist gut!

Abg. Peter Hofelich SPD: Sie müssen sich einmal Ihre eigene Parlamentsgeschichte betrachten, vielleicht erröten Sie dann ein bisschen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nicht erzogen, nur gelenkt!)

– Nur gelenkt. – Dazu gehört übrigens auch, Frau Walker – wenn ich schon bei Ihnen bin –: Dass Sie als langjährige Vorsitzende der Grünen und jetzt finanzpolitische Sprecherin der Grünen anderen hier im Parlament Ideologie vorwerfen, das wirkt schon ein bisschen komisch; das muss ich sagen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP)

Herr Wald: Sie haben hier in der Geschichtsschreibung eine Welt gemalt, in der in der vergangenen Legislaturperiode nur die SPD regiert hat.

(Peter Hofelich)

(Lachen bei Abgeordneten der AfD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! – Zuruf des Abg. Tobias Wald CDU)

Frau Sitzmann hat früher als Fraktionsvorsitzende der Grünen im Landtag immer gern Pippi Langstrumpf zitiert. Da hieß es immer: „Ich mache mir die Welt so, wie sie mir gefällt.“ Bei Ihnen läuft es gerade, so habe ich den Eindruck, auch so. Aber dieses Maß an Verdrängung ist für das Land Baden-Württemberg vermutlich politisch ziemlich problematisch.

(Zuruf des Abg. Tobias Wald CDU)

Ihr Hinweis, dass getroffene Hunde bellen, der ohnehin in die falsche Richtung weist, der wird sich vielleicht einmal als fatal erweisen, Herr Kollege Wald, wenn Sie all das, was Sie jetzt fordern, mit Ihrem Koalitionspartner wieder rückgängig machen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Falls Sie das nicht können, werden Sie sich eher dem Vorwurf aussetzen, ein Schoßhündchen zu sein, Herr Kollege.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt kurz zu den Deckungsvorschlägen, einem Thema, das die Opposition immer zu hören bekommt. Herr Wald, bei Gelegenheit erkläre ich Ihnen einmal den Unterschied zwischen einem Running Gag und einer ollen Kamelle –

(Heiterkeit – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das versteht er nicht!)

falls er es jemals verstehen sollte.

Die Deckungsvorschläge der SPD in der zweiten Lesung haben ein klares Prinzip: erstens mehr laufende Ausgaben durch laufende Mehreinnahmen oder laufende Minderausgaben, zweitens Investitionen durch Rücklagen und drittens Tilgung durch Überschüsse.

All das ist so ausgesprochen. Sie kennen das auch; auch die Ministerin kennt es. Sie hat sich auch in ihrer Rede damit auseinandergesetzt – im Gegensatz zu Frau Walker. Das ist ein internes Abstimmungsproblem bei den Grünen – aber das nur nebenbei.

Schauen Sie doch bitte einmal selbst in Kapitel 1212, in dem Sie strukturelle Mehrausgaben des Landes durch weniger Zuführung an die Rücklage decken. Also: Mehrmaliges durch Einmaliges. Dann können Sie sich überlegen, wer hier unsehr ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Dieser Haushalt lässt mit der Änderung der Landeshaushaltsordnung den Geist aus der Flasche – ohne jede Not in Zeiten der Überschüsse –, und er schädigt die Kommunen, weil er nicht in der Lage ist, zu berücksichtigen, dass die Kommunen auf der Ausgabenseite mehr Unterstützung brauchen. Das größte Risiko des Landes, das die Ministerin angesprochen hat, ist in Baden-Württemberg immer der Stillstand des Landes. Stillstand des Landes wird vor allem durch Selbstzufriedenheit hervorgerufen. Dies ist ein Haushalt der Selbstzufrie-

denheit, die wir in diesem Haus gerade erleben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP sowie der Abg. Carola Wolle AfD)

Deswegen sage ich Ihnen: Dieser Haushalt, Herr Ministerpräsident, folgt grün-schwarzer Dramaturgie, aber er ist kein Drehbuch für die Zukunft des Landes Baden-Württemberg.

Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der AfD und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich dem Kollegen Glück das Wort.

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Herr Präsident, meine werten Kolleginnen und Kollegen! Wir haben während der Haushaltsberatungen viel gehört und viel erlebt. So haben wir u. a. immer wieder erlebt, dass irgendwelche Minister während der Beratungen manchmal gar nicht anwesend waren. Ein Beispiel ist mir in Erinnerung geblieben. Der Sozialminister hat gesagt: Das, was wir heute Vormittag noch machen können, können wir erledigen, aber das, was nach der Mittagspause kommt, nehmen wir bitte zu den Resten.

(Abg. Sascha Binder SPD: Frechheit!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich sage Ihnen ganz ehrlich: Ein selbstbewusstes Parlament würde so etwas nicht hinnehmen. Das ist Demokratie weichgespült, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und der SPD)

Herr Kollege Wald, Sie haben vorhin ein Hohelied auf die innere Sicherheit und auf die CDU, die die innere Sicherheit so hochhält, gesungen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Das ist auch so!)

Sie haben auch immer wieder gesagt, die CDU wäre gegenüber den Beamten ein Partner auf Augenhöhe. Dann fragen Sie diese Beamten doch einmal, was sie von der abgesenkten Eingangsbesoldung halten.

Sie stehen im Wort.

(Abg. Tobias Wald CDU: Ja, natürlich!)

Sie haben auf Seite 62 Ihres Regierungsprogramms geschrieben, dass Sie die Absenkung der Eingangsbesoldung rückgängig machen wollen. Spucken Sie hier vorn nicht große Töne, sondern setzen Sie sich durch! Dieses Thema hätte ich an Ihrer Stelle erst mal nicht angesprochen, Herr Kollege.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD – Abg. Tobias Wald CDU: Entschuldigung! Die SPD hat sie abgesenkt, und wir machen es rückgängig!)

Weiterhin kursieren die Märchen, der Haushalt wäre nachhaltig und innovativ und stärke den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ferner sagen Sie, der Abbau des Sanierungsstaus sei

(Andreas Glück)

Schuldentilgung. Ich entgegne: Sanierungen sind kein Schuldenabbau, sondern Sanierungen und der Erhalt des Landesvermögens sind ohnehin die ureigensten Aufgaben des Landeshaushalts. Damit habe ich Sie, Herr Ministerpräsident, am 8. Februar in einer Zwischenfrage konfrontiert. Daraufhin sagten Sie, man würde nicht nur sanieren, sondern einen Sanierungsstau abbauen wollen. Da klingt immer der Vorwurf an CDU, SPD und FDP/DVP durch, die Vorgängerregierungen hätten ja die Verantwortung für diese Schulden.

Herr Ministerpräsident, Sie sind jetzt bald seit sechs Jahren Ministerpräsident. Wann fangen Sie endlich an, die Verantwortung für Ihr eigenes Handeln zu übernehmen und nicht immer nur auf die Vorgängerregierungen zu schimpfen?

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD
– Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt.)

– Ich werde mich kurzfassen. – Im Jahr 2013 lagen die Steuereinnahmen noch bei 30 Milliarden €.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Ja, ganz schnell. – Jetzt liegen die Steuereinnahmen bei 36 Milliarden €. Das ist ein Zuwachs um 20 % innerhalb von drei Jahren. Damit könnten Sie gestalten, investieren, den Sanierungsstau angehen und, wie in der LHO gefordert, auch Schulden tilgen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich muss mich leider ein bisschen kürzer fassen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Nein, Herr Kollege. Sie kommen zum Ende.

(Heiterkeit)

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Ich bringe es auf den Punkt. An dieser Stelle sage ich ganz klar: Die FDP/DVP könnte es deutlich besser.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hans-Ulrich Sckerl
GRÜNE: Das hat uns jetzt aber überrascht! – Weitere Zurufe)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Unruhe)

– Wir haben Zeit. – Wir kommen daher in der Dritten Beratung zur **A b s t i m m u n g**. Abstimmungsgrundlage sind die Beschlüsse der Zweiten Beratung, Drucksachen 16/1420 und 16/1421. Wir stimmen zunächst ab über den

Staatshaushaltsplan 2017

Hierfür ist die Abstimmungsgrundlage die Drucksache 16/1420. Ich bitte Sie, damit einverstanden zu sein, dass ich, wie es in den früheren Jahren praktiziert wurde, in der Dritten Beratung die Einzelpläne nur noch im Ganzen aufrufe und zur Abstimmung stelle. – Sie sind damit einverstanden.

Ich rufe auf

Einzelplan 01

Landtag

Wer Einzelplan 01 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einzelplan 01 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 02

Staatsministerium

Wer Einzelplan 02 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einzelplan 02 – Staatsministerium – ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 03

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

Wer stimmt Einzelplan 03 zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Einzelplan 03 – Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration – ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 04

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

Wer Einzelplan 04 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einzelplan 04 – Ministerium für Kultus, Jugend und Sport – ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 05

Ministerium der Justiz und für Europa

Wer Einzelplan 05 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einzelplan 05 – Ministerium der Justiz und für Europa – ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 06

Ministerium für Finanzen

Wer stimmt Einzelplan 06 zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Einzelplan 06 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Ich rufe auf

Einzelplan 07

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau

Wer Einzelplan 07 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einzelplan 07 – Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau – ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 08

Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Wer Einzelplan 08 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einzelplan 08 – Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 09

Ministerium für Soziales und Integration

Wer stimmt Einzelplan 09 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einzelplan 09 – Ministerium für Soziales und Integration – ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 10

Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft

Wer Einzelplan 10 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einzelplan 10 – Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft – ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 11

Rechnungshof

Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Einzelplan 11 – Rechnungshof – ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 12

Allgemeine Finanzverwaltung

Wer Einzelplan 12 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einzelplan 12 – Allgemeine Finanzverwaltung – ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 13

Ministerium für Verkehr

Wer Einzelplan 13 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einzelplan 13 – Ministerium für Verkehr – ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 14

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Wer stimmt diesem Einzelplan zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Einzelplan 14 – Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst – ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 15

Ministerium für Integration

Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einzelplan 15 – Ministerium für Integration – ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 16

Verfassungsgerichtshof

Wer Einzelplan 16 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einzelplan 16 – Verfassungsgerichtshof – ist damit mehrheitlich zugestimmt.

(Zurufe: Einstimmig!)

– Mehrheitlich zugestimmt.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Nein!)

Auch eine einzelne Gegenstimme nehme ich wahr, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit – Beifall bei allen Fraktionen)

Wir kommen nun in der Dritten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über das

Staatshaushaltsgesetz 2017

Abstimmungsgrundlage ist die Drucksache 16/1421.

Bevor wir in die Abstimmung eintreten, gebe ich noch folgenden Hinweis: In § 5 – Gewährleistungen – ist in Absatz 4 laut Information des Finanzministeriums noch eine redaktionelle Änderung vorzunehmen. In Satz 1 lautet die richtige Bezeichnung der Stiftung wie folgt: Stiftung Zentrum für Kunst und Medien Karlsruhe. – Sie stimmen dieser redaktionellen Änderung zu.

Die Fraktion der SPD hat darum gebeten, dass ich die §§ 1 bis 3 getrennt, die §§ 4 bis 10 gemeinsam und die §§ 11 bis 14 wiederum getrennt zur Abstimmung stelle. Stimmen Sie diesem Vorschlag zu? – Das ist der Fall.

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Ich rufe auf

§ 1

Feststellung des Staatshaushaltsplans

Wer § 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 1 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 2

Stelleneinsparverpflichtungen

Wer § 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – § 2 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 3

Bewirtschaftung von Planstellen und Stellen

Wer § 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – § 3 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die §§ 4 bis 10.

§ 4 bis § 10

Wer stimmt den §§ 4 bis 10 zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Den §§ 4 bis 10 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 11

Verwendung von Mitteln des Wettmittelfonds nach § 12 Absatz 2 Landesglücksspielgesetz

Wer § 11 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – § 11 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 12

Verwendung von Erträgen nach § 36 Landesglücksspielgesetz

Wer stimmt § 12 zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – § 12 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 13

Abordnungsermächtigung des Finanzministeriums

Wer § 13 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – § 13 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 14

Inkrafttreten

Wer § 14 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – § 14 ist mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 22. Februar 2017 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2017 (Staatshaushaltsgesetz 2017 – StHG 2017)“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der Haushaltsplanberatungen, die nicht nur für den Finanzausschuss, Herr Vorsitzender, sondern für alle Abgeordneten und auch für die Regierung einen Sitzungsmarathon dargestellt haben. Deshalb darf ich mich bei allen bedanken, die zum reibungslosen Ablauf der Haushaltsplanberatungen beigetragen haben. Dies gilt auch für die im Hintergrund mitwirkenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Regierung, der Fraktionen und der Landtagsverwaltung. Ich bedanke mich und schließe diesen Tagesordnungspunkt.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes zur Änderung des Abgeordnetengesetzes – Drucksache 16/1666

Meine Damen und Herren, die Fraktionen haben sich –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Herr Kollege Dr. Podeswa, ein Antrag zur Geschäftsordnung.

Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Sehr geehrter Herr Präsident! Die AfD-Fraktion beantragt angesichts der Bedeutung dieses Gesetzes zur Änderung der Änderung eine Verlängerung der Redezeit auf zehn Minuten je Fraktion.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Lieber Kollege Dr. Podeswa, dem kommen wir gern nach. Denn die anderen vier Fraktionen haben sich bereits darauf verständigt, die Redezeit auf zehn Minuten je Fraktion festzulegen.

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall – Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Interessant!)

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Für die Fraktion GRÜNE darf ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Schwarz erteilen.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Fraktion GRÜNE, die Fraktion der CDU, die Fraktion der SPD und die Fraktion der FDP/DVP bringen heute den Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung des Gesetzes zur Änderung des Abgeordnetengesetzes, einen gemeinsamen Gesetzentwurf, in den Landtag ein.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Wir werden mit diesem Gesetzentwurf die neuen Regelungen zur Altersversorgung der Abgeordneten aufheben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Abg. Anton Baron AfD: Sie haben verstanden!)

Wir reagieren damit auf die Kritik der Bevölkerung

(Abg. Carola Wolle AfD: Hört, hört!)

zu Inhalt und Schnelle des Gesetzgebungsverfahrens. Die Vorschriften werden daher nicht in Kraft treten.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Bis nach der Bundestagswahl!)

Vielmehr bleibt es beim bisherigen Rechtszustand.

Des Weiteren beabsichtigen wir, dass eine unabhängige Expertenkommission eingesetzt wird. Die unabhängige Expertenkommission soll klären, welche Altersversorgung für Landtagsabgeordnete heute angemessen und zeitgemäß ist, und sie soll entsprechende Vorschläge erarbeiten.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Nach dem Tempo aufgrund der anstehenden Haushaltsplanberatungen, das uns zu Fehlern verleitet hat, sollen alle weiteren Maßnahmen nunmehr sehr gründlich und mit der dafür notwendigen Zeit ergriffen werden. Daher sollen die kommenden Wochen genutzt werden, um die Einsetzung der Expertenkommission und deren Arbeitsauftrag zu klären. Entscheidend wird für uns sein, dass die Expertenkommission unabhängig besetzt wird und ohne jegliche Weisung arbeitet. Wir können uns gut vorstellen, dass dort Politikwissenschaftler, Staats- und Verfassungsrechtler, Experten für Versorgungs- und Rentenfragen mitarbeiten.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Und der Bürger!)

Vorschläge der Fraktionen und aus der Zivilgesellschaft einschließlich der Kritiker – wie dem Bund der Steuerzahler, dem Deutschen Gewerkschaftsbund, „Mehr Demokratie“ – sind willkommen.

Wir können uns vorstellen, Herr Präsident, dass die Landtagspräsidentin diesen Prozess in die Wege leitet.

Die Arbeit der Expertenkommission soll transparent sein und könnte auch von einer öffentlichen Anhörung begleitet werden. Klar ist für uns: Die Expertenkommission arbeitet ergebnisoffen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Zuruf von der AfD: Wer es glaubt!)

Wir Abgeordneten müssen nach der Verfassung und nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts über unsere eigenen Angelegenheiten selbst entscheiden.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Nur das Parlament selbst kann daher nach einer öffentlichen Debatte über Entschädigungsleistungen und die Altersversorgung beschließen.

Schnell ist in der Öffentlichkeit immer von Selbstbedienung die Rede – eine Kritik, die aufkommt, aber eine Kritik, die nicht zutreffend ist.

Allerdings besteht die Gefahr, dass uns Abgeordneten bei der Festlegung unserer Ausstattung, unserer Altersversorgung die Perspektive von außen fehlt.

Viele fragen uns, wie uns so schwerwiegende Fehler bei der Neuregelung der Altersversorgung unterlaufen konnten.

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD – Abg. Anton Baron AfD: Was? Welche Fehler?)

Wie ist es denn dazu gekommen? Schon in der letzten Legislaturperiode war die Altersversorgung der Abgeordneten ein virulentes Thema, ein Thema, das im Raum stand.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das stimmt!)

Es gab daher seit 2011 hier im Landtag Diskussionen, die in der letzten Legislaturperiode darin mündeten, dass man den Beitritt zu einem Versorgungswerk prüfen wollte.

Das ist damals gescheitert. Deswegen war klar: Der Druck, bei dieser Thematik zu einer Lösung zu kommen, war sehr hoch. Dieser Druck, der eben da war, hat die Debatte einseitig dominiert. Dabei haben wir das Empfinden vieler Bürgerinnen und Bürger ausgeblendet. Das war ein Fehler; das tut uns leid.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU und der AfD)

Wir haben es am 10. Februar versäumt, auf die Altersversorgung vieler Bürgerinnen und Bürger zu schauen,

(Abg. Daniel Rottmann AfD: Wir? Ihr!)

die mit Sorge ihre Riester- und Rürup-Verträge betrachten. Das hätte in unsere Entscheidung einfließen müssen. Das zu unterlassen war ein Fehler.

Die Reaktion auf die geplante Neuregelung der Altersversorgung der Abgeordneten hat uns gezeigt, dass wir diesen kritischen Blick von außen benötigen. Diesen kritischen Blick von außen wollen wir mit einer unabhängigen Expertenkommission, die eine Expertise für eine tragfähige und gerechte Lösung in diesen Fragen finden soll, aufnehmen.

Wir Abgeordneten haben in den letzten Tagen viel Kritik erfahren. Wir haben diese Kritik aus der Bürgerschaft verstanden; deshalb ist das Gesetz gestoppt worden. Ja, wir haben

(Andreas Schwarz)

verstanden. Das Abgeordnetengesetz zur Altersversorgung wird daher aufgehoben. Es wird nicht in Kraft treten; es bleibt beim alten, beim bisherigen Rechtszustand.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Rottmann?

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ja.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Bitte, Herr Kollege Rottmann.

Abg. Daniel Rottmann AfD: Danke schön, Herr Kollege Schwarz. – Wenn Sie von „wir“ reden, meinen Sie damit den Landtag, oder meinen Sie die vier Fraktionen, die bislang schon im Landtag vertreten waren?

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ich rede als Fraktionsvorsitzender selbstverständlich für meine Fraktion.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Abg. Daniel Rottmann AfD: Okay, danke schön.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Selbstkritisch müssen wir sagen, dass es falsch war, die Änderungen des Abgeordnetengesetzes in diesem hohen Tempo zu behandeln – wie es eben aufgrund der Haushaltsplanberatungen Anfang Februar passiert ist. Es wäre angebracht gewesen, unsere Motive zu erklären und mit unseren Motiven in die öffentliche Diskussion einzutreten.

Diesen Prozess wollen wir nun gründlich nachholen. Wir hoffen, damit ein Stück weit das wiedergutmachen zu können, was in diesem schnellen Gesetzgebungsverfahren auf der Strecke geblieben ist, und wir hoffen, ein Stück Vertrauen zurückzugewinnen und in einem transparenten Verfahren zu einer angemessenen Lösung zu finden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU – Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die CDU-Fraktion erlaube ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Reinhart das Wort.

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Dass wir heute die Aufhebung eines Gesetzes beraten, das der Landtag erst vor zwölf Tagen beschlossen hat, ist in der Tat ungewöhnlich.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja!)

Aber wir kommen damit einem öffentlichen Diskussionsinteresse nach, das wir, wie es Kollege Schwarz bereits gesagt hat, ausdrücklich anerkennen.

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Auch wir wollen, dass die Entscheidung über die Ausstattung der Abgeordneten die politische Legitimität erhält, die sie in einer repräsentativen Demokratie tatsächlich braucht.

Das Bundesverfassungsgericht verlangt eindeutig und abschließend, dass Abgeordnete über ihre finanzielle Stellung selbst entscheiden müssen. Das ist ein logischer und auch ein zwingender Schluss aus dem Demokratieprinzip des Grundgesetzes. Insofern geht es hier – das will ich schon feststellen – keineswegs um Selbstbedienung, sondern es geht ganz klar um die legitime Ausübung einer konkreten verfassungsrechtlichen Pflicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der Grünen und der SPD)

Dennoch ist uns bewusst: Wann immer wir als Abgeordnete in eigener Sache entscheiden, sind wir auf einem schmalen Grat unterwegs. Wir wollen diese besondere Verantwortung mit der nötigen Sensibilität wahrnehmen. Deshalb hat der Landtag schon während der vorangegangenen Legislaturperiode – es wurde vom Kollegen angesprochen – mit einer Überprüfung der Abgeordnetenleistungen begonnen. Ziel war es, die Effekte der Parlamentsreform, die übrigens seit 2006 gewirkt hat, fundiert zu bewerten.

Es war immer klar, dass nach zehn Jahren evaluiert werden muss, zumal wir damals übrigens den Status des Abgeordneten in seiner Rechtsstellung grundsätzlich geändert haben, nämlich ihn dem Bundestagsabgeordneten rechtlich gleichgestellt haben. Das hat – und zwar nicht wegen der Erhöhung von Diäten – zu Inkompatibilitäten geführt, die damals große Diskussionen ausgelöst haben. Sie kennen alle den Satz, das Bonmot von Professoren; sinngemäß kann man sagen: Das Parlament ist mal voller und mal leerer, aber immer voller Lehrer. Landesbeamte im aktiven Dienst durften seitdem nicht mehr im Parlament sein. Bürgermeister durften nicht mehr im Parlament sein. Landräte – bei uns waren fünf Landräte in der Fraktion – durften nicht mehr im Parlament sein. Ich sage das deshalb, weil man in einer Gesamtbetrachtung auch diesen Rückblick vornehmen sollte.

Die beschlossenen Änderungen waren deshalb mitnichten eine plötzliche Hauruckentscheidung. Sie waren Ergebnis eines Prüfungsprozesses, den die vier Fraktionen, in diesem Fall auch mit Aktivität der vier parlamentarischen Geschäftsführer, intensiv beraten haben, mit fachlicher Unterstützung auch der Landtagsverwaltung.

Aber, verehrte Kolleginnen und Kollegen, Politik ist auch immer Kommunikation.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Aha!)

Ich räume gern ein: Wir haben es versäumt, diese Beratungen transparent zu führen, die Argumente offenzulegen und um Akzeptanz für unsere Lösungen zu werben. Das war ohne Frage, ex post betrachtet, ein Fehler. Deshalb akzeptieren wir die Kritik. Es ist immer wichtig – auch dadurch lebt Demokratie –, dass man aus Fehlern lernt und diese korrigiert. Das tun wir heute.

(Beifall bei der CDU, den Grünen und der SPD sowie des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Dabei ist mir wichtig: Auch Landtagsabgeordnete brauchen Ressourcen, die es ihnen erlauben, ihr Mandat mit den wachsenden Anforderungen professionell auszuüben. Denn auch sie haben eine wichtige Kontrollaufgabe, übrigens gerade ge-

(Dr. Wolfgang Reinhart)

genüber der Exekutive. Es ist auch wichtig, dass die Abgeordneten als Legislative neben der Gesetzgebung auch die Kontrolle der Exekutive auf Augenhöhe wahrnehmen können.

Dass wir hier im Landtag künftig die Hälfte dessen für Kostenpauschale oder qualifizierte Mitarbeiter zur Verfügung haben, worüber die Kollegen im Deutschen Bundestag verfügen, halten wir deshalb für maßvoll und auch für gerecht. Auch ich bin davon überzeugt. Deshalb wird dieser mit der ganz breiten Mehrheit von vier Fraktionen gefasste Teil auch in Kraft treten.

Aber die politisch besonders sensible Frage der Altersversorgung – darum ging es auch in vielen Tausenden Mails – werden wir noch einmal in aller Gründlichkeit und ergebnisoffen diskutieren – da will ich dem Kollegen Schwarz ausdrücklich recht geben –, und zwar ohne Weisung, in völliger Unabhängigkeit. Verbände können ihre Argumente dort vortragen. Die Landtagspräsidentin wird das koordinieren müssen und auch führen müssen. Die Fraktionen müssen ihre Vorschläge bringen.

Meine Damen und Herren, dann wird zu prüfen sein, ob die Beträge, die mir gestern der Kollege Bullinger und der Kollege Nelius mitteilten – sie sagten, sie hätten für die letzten zehn Jahre Anwartschaften von 630, 640 € in der Altersversorgung angesammelt –, angemessen sind

(Zuruf des Abg. Rüdiger Klos AfD)

und ob dies dem Grundsatz gerecht wird.

Ich empfehle jedem auch die Lektüre der Drucksache der Diätenkommission im Deutschen Bundestag unter Vorsitz von Professor Schmidt-Jortzig. Er hat dort z. B. gesagt:

Die Abgeordneten sind nicht die einzigen Akteure in diesem öffentlichen Diskurs, wenn sie den Bürgern, ihren Organisationen und Verbänden, ihren Forderungen, Kritiken und Protesten unmittelbar Rede und Antwort stehen. Wenn sie im Wahlkreis und in der gesamten Öffentlichkeit politische Entscheidungen erklären, rechtfertigen, kritisieren oder sonst zu ihnen Stellung nehmen müssen, sind sie aber die Einzigen, die in Wahlen zur Rechenschaft gezogen werden können – und nicht der Beamte, Wissenschaftler, Journalist, Experte oder Netzwerkakteur. Hier liegt die Quelle für das über Fachkenntnisse hinausreichende politische Wissen, das die besondere Rolle des Abgeordneten ausmacht und ihm jene integrative Repräsentation der Bürger bei Gesetzgebung und Regierungskontrolle ermöglicht.

Dafür werden von Abgeordneten Fähigkeiten erwartet, die auf unterschiedlichsten Ebenen liegen und in herkömmlichen Berufswelten selten eine ähnliche Breite aufweisen.

So der Bericht. Ich kann jedem die Lektüre nur empfehlen. Anderthalb Jahre lang haben sich Sachverständige mit diesen Fragen befasst, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Deshalb wollen wir uns – das wurde gesagt – auf den Rat und die Autorität von diesen externen Experten stützen. Wir wollen die Frage nach der guten Ausgestaltung, der angemessenen Höhe der Alterssicherung klären, und das unabhängig, gerecht und transparent. Das sage ich als einer derjenigen, die von dieser Frage gar nicht persönlich betroffen sind. Das ist wahr. Aber ich finde, auch für die, die in den letzten zehn Jahren in den Landtag gekommen sind, und die, die in Zukunft kommen werden, gilt: Wir wollen wertige, auch hochwertige Möglichkeiten, damit das Mandat auch in Zukunft seine Wertigkeit behält. Das ist ein wichtiges Anliegen für die Demokratie insgesamt und für den Parlamentarismus.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der SPD)

Wir öffnen mit dieser Expertenkommission Raum, wir schaffen Zeit für Fakten, auch für Argumente, und wir wollen damit die Öffentlichkeit für die künftige Regelung gewinnen. Das ist in der jetzigen Betrachtung nach der kritischen Diskussion der vergangenen Tage der richtige Weg.

Theodor Eschenburg, der Begründer der Tübinger Politikwissenschaft, sah in der Altersversorgung für Abgeordnete einen – Zitat –

zusätzlichen, auf die nachparlamentarische Zeit projizierten Unabhängigkeitsschutz.

Gerade in diesen Zeiten brauchen wir unabhängige, kompetente und freie Abgeordnete. Das heißt, auch Abgeordnete müssen für ihre Zeit im Parlament Versorgungsansprüche erwerben können, deren Höhe der Verantwortung eines Abgeordneten für durchschnittlich 150 000 Bürgerinnen und Bürger eines Wahlkreises und für einen Landesetat, über den wir gerade gesprochen haben, in Höhe von 48 Milliarden € entspricht und außerdem ihre verfassungsrechtliche Stellung widerspiegelt.

Die parlamentarische Demokratie einer höchst komplizierten Wirtschafts- und Industriegesellschaft, in der Rechtsstaat, Freiheit und Pluralismus entscheidend mithilfe der politischen Parteien aufrechterhalten werden sollen, verlangt vom Abgeordneten ... den ganzen Menschen, ...

So hat es das Bundesverfassungsgericht in seinem Diätenurteil 1975 festgestellt. Ich kenne viele Kolleginnen und Kollegen, die sieben Tage mit einer 70-Stunden-Arbeitswoche unterwegs sind. Die Termindichte nimmt ständig zu. Die sozialen Medien schaffen einen ganz neuen Kommunikationsdruck. Hinzu kommen Wahlkampfaufwand und, was bisher noch gar nicht angesprochen wurde, das Abwahlrisiko alle fünf Jahre. Auch das muss man, glaube ich, im Auge behalten, wenn man über die Stellung des Abgeordneten im Vergleich zu vielen anderen spricht. Abgeordneter zu sein ist eben in jeder Hinsicht kein Durchschnittsjob. Auch das muss Teil einer fairen öffentlichen Würdigung sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Insoweit will ich heute – –

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Kollege, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen, nachdem ich eine Zwischenfrage schon nicht mehr zulassen kann, weil Ihre Redezeit abgelaufen ist.

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Ja. Ich komme zum Schluss. – Auch das muss Teil einer fairen öffentlichen Würdigung sein. Insofern will ich heute als überzeugter und auch leidenschaftlicher Parlamentarier für den Wert der Arbeit von Abgeordneten werben. Es ist die wichtige, es ist die anstrengende und, finde ich, auch die erfüllende Arbeit in der Herzkammer der repräsentativen Demokratie. Damit wird sich die Expertenkommission auseinandersetzen müssen. Das ist der Auftrag.

Die Präsidentin – wenn ich Sie, Frau Präsidentin, zitieren darf – meinte:

Demokratie und Parlamentarismus haben ihren Preis.

Ich finde, sie müssen auch ihren Wert haben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU, den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die AfD-Fraktion erteile ich dem Kollegen Dr. Podeswa das Wort.

Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Man muss sich schon die Frage stellen, warum Ihre Ausführungen, Herr Reinhart, erst heute hier so waren, obwohl Sie doch gerade aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1975 zitiert haben und ich davon ausgehen kann, dass Sie dieses Urteil möglicherweise auch vor zwölf Tagen schon kannten.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Das Bundesverfassungsgericht hat in aller Eindeutigkeit klargestellt, dass die Abgeordneten ihre Vergütung und ihre Unterstützung selbst festlegen müssen, aber dass dies selbstverständlich unter der Kontrolle der Öffentlichkeit zu erfolgen hat.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Diese Kontrolle durch die Öffentlichkeit ist nur bei einer angemessenen Zeit möglich. Auch das wurde vielfältig so interpretiert und festgehalten.

Die dpa schreibt nun, dass das Abgeordnetengesetz, das wir hier vor zwölf Tagen verabschiedet haben, vermutlich das Gesetzesvorhaben ist, das in den letzten Jahrzehnten am aller-schnellsten durch das Parlament – man muss schon so sagen – gejagt wurde. Es waren keine 30 Stunden.

Der Ständige Ausschuss hat sich zu einer Sitzung getroffen, die ganze neun Minuten dauerte. Dem Protokoll ist zu entnehmen, dass das Gesetz wohl nicht einmal zwei Minuten lang beraten wurde.

(Abg. Winfried Mack CDU: Haben Sie dort Fragen gestellt?)

– Ja. Das sollten Sie übrigens wissen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Ja, die Frage kann ich Ihnen vorlesen, Herr Kollege!)

Ich denke doch, dass Sie das Protokoll gelesen haben.

Jetzt haben wir natürlich einen neuen Rekord. Wir haben nicht nur das am schnellsten verabschiedete Gesetz, sondern wir haben auch das Gesetz mit der voraussichtlich niedrigsten Halbwertszeit in der Geschichte Baden-Württembergs.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Denn schon nach elf Tagen, am zwölften Tag, wird hier ein Gesetz zur Änderung der Änderung diskutiert.

Aber es ist ja noch nicht so lange her – blicken wir doch die elf Tage zurück –, da stellte sich der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und parlamentarische Geschäftsführer der Grünen doch tatsächlich hier vor die Volksvertreter, also vor das Volk, und erklärte, eine private Altersvorsorge sei nicht möglich, diese füttere nur die Versicherungen und erwirtschaftete keinen ausreichenden Ertrag für eine vernünftige Altersvorsorge.

(Beifall der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Was soll der Bürger davon halten,

(Beifall bei der AfD)

dem Sie seit Jahren sagen, er müsse private Altersvorsorge betreiben, das sei alternativlos?

(Beifall bei der AfD – Abg. Sandra Boser GRÜNE: Zusätzlich! – Abg. Nicole Razavi CDU: Aber zusätzlich! – Gegenruf des Abg. Anton Baron AfD: Zusätzlich macht es auch nicht viel besser!)

Und welche Lösung bieten die Grünen dann hier für die Abgeordneten an, wohlgemerkt für Abgeordnete, die auch heute schon den gesetzlich – gesetzlich! – festgelegten Höchstbetrag zur Rentenversicherung als Zuschuss erhalten? Das ist also die Lösung der Kartellparteien – mit Ausnahme der FDP/DVP –: eine staatliche Rente, die dann auch noch dreimal so hoch ausfallen soll. Was soll der Bürger davon halten?

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Ge-deon [fraktionslos])

Was sollen die Millionen Bürger davon halten, die nicht den gesetzlichen Höchstsatz zur Altersversorgung aufbringen können, weil sie von solchen Einkommen nur träumen können? Was sollen die Millionen Bürger davon halten, die der sicheren Altersarmut entgegengehen?

(Beifall bei der AfD)

Wie wollen Sie von den Grünen, Sie von der CDU und auch Sie von der SPD das den Bürgern erklären, außer mit dem Hinweis, dass Sie schon auf einem komplett anderen Stern leben?

(Heiterkeit bei der AfD)

Und was sagt der Ministerpräsident zu diesem sensationellen und ohne Zweifel in die Geschichte von Baden-Württemberg

(Dr. Rainer Podeswa)

eingehenden Gesetz? Was sagt der Herr Ministerpräsident zu diesem rekordverdächtigen Blitzgesetz? Der Herr Ministerpräsident sagt dazu, er hätte davon nichts gewusst.

(Lachen und Beifall bei der AfD)

Herr Ministerpräsident, das ist kaum glaubhaft. Aber wenn Sie wirklich nichts davon gewusst haben sollten, bleibt Ihnen eigentlich nur, zuzugeben, dass Sie Ihren Regierungsapparat nicht mehr unter Kontrolle haben, Ihre Partei sowieso nicht, und zurückzutreten.

(Beifall bei der AfD – Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE – Weitere Zurufe)

Und wenn Sie es gewusst haben, bleibt Ihnen auch nur der Rücktritt, weil Sie dann die Bürger angelogen haben.

Es gibt natürlich noch eine andere Erklärung, nämlich dass der Herr Ministerpräsident genau auf dem Stern lebt, wo ich die anderen Kartellparteien eben schon verortet hatte.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Was dafür spricht, dass das stimmen könnte, ist die gestrige Aussage des Herrn Ministerpräsidenten, wer ein altes Dieselloauto fahre – „alt“ heißt zwei Jahre –

(Lachen bei Abgeordneten der AfD)

und sich jetzt kein neues kaufen könne, der müsse halt eine alternative, intelligente Lösung finden oder auf ein anderes Verkehrsmittel umsteigen. Das kann man natürlich nur dann sagen, wenn man alle sechs Monate ein neues Auto bekommt, also auf dem berühmten anderen Planeten lebt.

(Beifall bei der AfD)

Was wäre jetzt nach dem Druck, der durch die AfD,

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Was? Die AfD?)

der durch die Bevölkerungsbeteiligung, durch Tausende von Zuschriften und E-Mails an Zeitungen und an Ihre Parteizentralen entstanden ist, fair gewesen? Fair wäre es gewesen, das komplette Abgeordnetengesetz zurückzunehmen,

(Beifall des Abg. Stefan Räßle AfD – Abg. Sascha Binder SPD: Das gesamte Abgeordnetengesetz?)

also die Änderungen, die vor elf oder zwölf Tagen beschlossen wurden, komplett zurückzunehmen. Denn eines ist auch vollkommen klar:

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Die Erhöhung der Kostenpauschale und auch die Verdopplung des Beitrags für die Mitarbeitervergütung unterliegen selbstverständlich genau denselben Regelungen, die durch das Verfassungsgericht vorgegeben wurden,

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Das muss doch keiner in Anspruch nehmen! Das muss doch keiner ausschöpfen!)

wie die Erhöhung der Pensionen.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Das muss doch keiner in Anspruch nehmen!)

Auch hier stellen Sie sich hin und hoffen unter dem Deckmantel einer kleinen Rücknahme, dass der Bürger das schon nicht so genau verfolgen wird

(Beifall bei der AfD)

und gar nicht mitbekommt, dass eben schnell weit über 10 Millionen € – weit über 10 Millionen €! – zusätzliche Mittel für die Landtagsabgeordneten zur Verfügung gestellt werden.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Ich darf Ihnen versichern: In der Vergangenheit mag so ein Vorgehen erfolgreich gewesen sein. Diese Zeiten sind vorbei.

(Beifall bei der AfD)

Der Druck wird steigen; dafür wird die AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg schon sorgen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Oi!)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der AfD – Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Stoch.

Abg. Andreas Stoch SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wenn wir heute über die Frage

(Abg. Anton Baron AfD: Der sozialen Gerechtigkeit!)

der angemessenen Vergütung und insbesondere auch über die Frage einer angemessenen Altersversorgung für Abgeordnete reden, dann reden wir, so glaube ich, über eine der schwierigsten Materien, mit denen sich ein Parlament beschäftigen kann.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Ach was? – Abg. Anton Baron AfD: Da reichen 30 Stunden nicht!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, dass dieses Thema in Parlamenten regelmäßig zur Sprache kommt, ist nicht ein von den Abgeordneten selbst gewähltes Schicksal, sondern es ist unser Verfassungsauftrag,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

dass wir diese Debatten führen, und zwar im Lichte dessen, welche Funktion Abgeordnete und das Parlament in unserem Verfassungsgefüge haben.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Hätten Sie das mal gleich gemacht!)

Wenn wir hier dies tun, dann sollten wir dies selbstbewusst als Parlament und selbstbewusst als Abgeordnete tun.

Deswegen war es ein Fehler, dass wir uns aufgrund des Themas des Haushalts vor zwei Wochen in einer Weise unter

(Andreas Stoch)

Druck setzen ließen und unter Druck gesetzt haben, um diese Lösung schnell in den Haushalt zu bekommen. Dieses Thema braucht mehr Raum, und diesen Raum geben wir diesem Thema jetzt.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Ich habe es bereits in den vergangenen zwei Wochen deutlich zur Sprache gebracht: Wir als Abgeordnete müssen, wenn wir unsere Funktion in diesem Verfassungsgefüge selbstbewusst vertreten wollen, uns auch dazu bereit erklären, mit der Öffentlichkeit über den Rang, über die Wertigkeit unserer Tätigkeit zu diskutieren.

Wir tun dies, mit Verlaub, nicht im luftleeren Raum. Wir haben verfassungsrechtliche Vorgaben. Ich empfehle jedem – Wolfgang Reinhart hat es bereits getan –, einmal das Gutachten der Unabhängigen Kommission des Deutschen Bundestags zu lesen. Dort sind nämlich auch die verfassungsmäßigen Vorgaben und Rahmenbedingungen klar definiert. In Artikel 48 des Grundgesetzes steht etwas über die Rolle des Abgeordneten; da steht sogar etwas von dem Amt des Abgeordneten. Dort steht, dass die Vergütung eines Abgeordneten angemessen zu sein hat und geeignet sein muss, seine Unabhängigkeit zu sichern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist die Aufgabe des Parlaments, aber eben unter Zuhilfenahme von Externen, zu definieren, was dies bedeutet. Ich glaube, es ist richtig, sich mit diesen Formulierungen zu befassen, sich aber auch mit der aktuellen Situation des Landtags von Baden-Württemberg zu befassen. Einer der wesentlichen Punkte in dieser gutachtlichen Äußerung war und ist, dass die Frage der Angemessenheit und der die Unabhängigkeit sichernden Vergütung nicht nur eine Frage während der aktiven Tätigkeit ist, sondern auch nachgelagert auf die Zeit der Altersversorgung anzuwenden ist.

Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen wir – Stand heute und aus heutiger Sicht – die Entscheidungen, die in der Parlamentsreform 2008 getroffen worden sind, sehr kritisch betrachten. Denn einer der wesentlichen Punkte, auch in dieser gutachtlichen Äußerung, war und ist, dass Abgeordnete, was das Maß der Versorgung angeht, einen bestimmten Anspruch haben, der Vergleichsgrößen braucht. Die Vergleichsgröße in diesem Gutachten – übrigens unterlegt durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts – ist, dass ein Abgeordneter, was die Vergütung angeht, beispielsweise einem kommunalen Wahlbeamten oder auch einem Bundesrichter gleichzustellen ist. Es geht also nicht – was 2008 leider geschehen ist –, nur zu sagen: „Ich ändere etwas an der Vergütung.“

Im Übrigen bedeutet das im Vergleich mit den Flächenländern in Deutschland keine Überversorgung der baden-württembergischen Abgeordneten. Wir sollten da einmal auf die anderen Bundesländer schauen, auf Bayern, auf Hessen, auf Brandenburg, auf Nordrhein-Westfalen. Dann werden wir feststellen, dass die Diäten für die aktive Tätigkeit in diesem Bereich liegen, dass aber das Thema Altersversorgung in genau diesen Parlamenten so geregelt ist, dass diese sich an der Höhe der Diäten orientiert und dass nicht quasi antiproportional das eine angehoben und das andere abgesenkt werden kann.

Denn die Konsequenz ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir jetzt im Parlament zwei Klassen von Abgeordneten haben. Das ist ein fundamentales verfassungsrechtliches Gleichbehandlungsproblem, und dieses muss korrigiert werden.

(Beifall bei der SPD, den Grünen und der CDU)

Ich bin der Meinung, ich bin der Überzeugung, dass wir dies auch mit guten Argumenten tun können. Deswegen halte ich es für richtig, dass wir in den nächsten Wochen alle gemeinsam eine Kommission ins Amt setzen. Ich erwarte dort von der Präsidentin des Landtags von Baden-Württemberg, dass sie sich zur Herrin des Verfahrens macht und dass sie uns, dem Parlament, den Fraktionen, Vorschläge unterbreitet, sodass wir, was das Verfahren angeht, was auch die Zeitabläufe angeht, von der Landtagspräsidentin, von der Landtagsverwaltung Vorschläge erhalten.

Wir müssen dieses Verfahren mit größtmöglicher Objektivität durchführen. Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass hier in irgendeiner Weise Gefälligkeiten im Vordergrund stehen. Deswegen ist es auch richtig, dass wir dieser Kommission Zeit lassen. Ich möchte nicht wissen, was in der öffentlichen Debatte passiert wäre, wenn wir gesagt hätten, in vier, sechs oder acht Wochen sollten die Ergebnisse vorliegen.

(Glocke des Präsidenten)

Wir brauchen für diese Kommission die notwendige Zeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der Grünen und der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Kollege Stoch, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Räßle?

Abg. Andreas Stoch SPD: Nein.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Nein.

Abg. Andreas Stoch SPD: Deswegen, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, appelliere ich an alle, dass wir in dieser öffentlichen Debatte über die Frage der Wertigkeit der Tätigkeit eines Abgeordneten, über die Frage einer angemessenen Vergütung und auch über die Frage einer angemessenen Versorgung im Alter sprechen. Ich möchte, dass wir in der Öffentlichkeit auch klarmachen, dass ein Wort wie „Luxusversorgung“ weit an der aktuellen Realität im Parlament vorbeigeht und dass wir, auch und gerade, was die Neuregelung angeht, dies geraderücken.

Wir brauchen eine ehrliche öffentliche Debatte. Ich kann uns alle nur ermuntern, an dieser öffentlichen Debatte möglichst intensiv teilzunehmen. Wir, die Abgeordneten, haben die Würde des Parlaments und auch die Würde von uns Abgeordneten selbst zu verteidigen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD, den Grünen und der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 10. Februar 2017, also vor zwölf Tagen, hat der Landtag von Baden-Württemberg gegen die Stimmen der FDP/DVP-Fraktion ein Gesetz beschlossen. Heute, am 22. Februar, also zwölf Tage später, kommt er wieder zusammen, um dieses Gesetz, das gegen die Stimmen der FDP/DVP-Fraktion beschlossen wurde, wieder aufzuheben.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Fehlt da nicht einer? – Weitere Zurufe von der AfD)

Aus unserer Sicht kann sich der Landtag von Baden-Württemberg das gern zum Prinzip machen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Anton Baron AfD: Rülke zeigt wieder, was für ein netter Kerl er ist! – Weitere Zurufe)

Wir haben das damals auch begründet.

(Abg. Anton Baron AfD: Tolle FDP!)

Wir haben damals deutlich gemacht, dass wir eine Situation haben, in der wir den Bürgerinnen und Bürgern des Landes sagen: „Wenn eure Altersversorgung nicht ausreicht, wenn ihr beispielsweise aus der gesetzlichen Rentenversicherung eine Summe X bekommt und euch das nicht reicht, dann ist es notwendig, darüber hinaus privat vorzusorgen, und zwar aus erwirtschaftetem und versteuertem Einkommen.“

(Beifall des Abg. Klaus Dürr AfD)

Wir sind der Auffassung, dass das, was man den Bürgerinnen und Bürgern des Landes zumutet, eben auch für die Volksvertreter zu gelten hat, weil man sonst weder Glaubwürdigkeit noch Akzeptanz hat.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Glaubwürdigkeit hat die FDP schon lange verloren!)

Das war der Grund, warum wir dagegen gestimmt haben.

(Abg. Anton Baron AfD: Ja, ja, bestimmt!)

Ich habe – Herr Kollege Stoch, wir haben das ja schon einmal diskutiert – im Jahr 2008 gesagt: Dieses Gesetz ist Murks, dem stimme ich nicht zu. Sie haben mir hierzu in der Sendung „Zur Sache Baden-Württemberg!“ sozusagen taktische Motive unterstellt nach dem Motto: „Eigentlich war er ja auch dagegen, die staatlichen Pensionen abzuschaffen, hat deshalb dagegen gestimmt, und heute tut er so, als ob er schon immer für Privatvorsorge wäre.“ Das ist nicht zutreffend, Herr Kollege Stoch; ich kann es auch belegen. Man kann es nachlesen in der „Pforzheimer Zeitung“ vom 14. März 2008.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Das ist die Heimpostille! – Lachen des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

– Herr Kollege Reinhart, es war auch die Heimpostille eines Ihrer Vorgänger,

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Mappus! – Vereinzelt Heiterkeit)

nämlich des Kollegen Mappus, der hier auch zitiert wird. Ich will Ihnen die Position, die der Kollege Mappus und ich damals vertreten haben, gern vortragen. Ich zitiere:

Die Neuregelung der Bezahlung der baden-württembergischen Parlamentarier hält der FDP-Landtagsabgeordnete Hans-Ulrich Rülke für ungerecht. Die langgedienten Abgeordneten profitieren gleich doppelt. Rülke hält es nicht für akzeptabel, dass diejenigen Abgeordneten, die mit Inkrafttreten der Parlamentsreform im Jahr 2011 bereits zwei Legislaturperioden im Landtag sitzen, dann nicht nur die höheren Diäten, sondern auch noch die höhere Altersversorgung bekommen.

Das ist genau dieses Gerechtigkeitsdefizit, das Sie angesprochen haben. Das ist der Grund dafür, dass ich damals gegen diese Parlamentsreform gestimmt habe, gegen diese Ungerechtigkeit.

Man muss schon einmal deutlich machen, dass damals die führenden Figuren des Parlaments – einer ist leider verstorben, zwei sind nicht mehr im Landtag, aber der Vierte, nämlich Herr Kretschmann, ist noch da; da sitzt er – genau dies vereinbart haben, nämlich dass man, wenn man es einmal zusammenrechnet und auf ein Lebenseinkommen umrechnet, zum Ergebnis kommt: Wir hatten damals ein Niveau X, und die seinerzeit führenden Gestalten im Parlament haben diese Diskussion genutzt und haben unter dem Deckmäntelchen der Einführung von privater Altersvorsorge nämlich ihr eigenes Niveau auf ein Niveau Y gebracht, zulasten der folgenden Abgeordnetengenerationen, bei denen dann auf ein Niveau Z abgesenkt worden ist. Das ist die Realität, die damals stattgefunden hat.

(Zuruf von der CDU: Das stimmt doch nicht!)

So hat man es begründet. Kollege Mappus hat – das finde ich schon bemerkenswert –, als er damals damit konfrontiert wurde, der Abgeordnete Rülke erhebe den Vorwurf, langgediente Parlamentarier profitierten gleich doppelt von der Parlamentsreform, geantwortet, dieser Vorwurf sei schlicht falsch; schließlich hätten die langgedienten Abgeordneten logischerweise auch über viele Jahre hinweg die niedrigen Diäten bekommen.

(Lachen des Abg. Hans-Ulrich Seckerl GRÜNE)

Eine bemerkenswerte Argumentation. Anschließend wurde dann noch erklärt – das fällt uns bzw. denjenigen, die diese Reform gemacht haben, heute auf die Füße –, seit Jahren sei vor allem durch den Bund der Steuerzahler wie auch durch den Landesrechnungshof gefordert worden, dass die als zu üppig angesehene Altersversorgung der Abgeordneten heruntergefahren und im Gegenzug die Abgeordnetenvergütung erhöht werde. – Zitat Ende.

So wurde damals argumentiert. Auch Sie, Herr Ministerpräsident, haben damals ausweislich des Plenarprotokolls so argumentiert.

Man hat gesagt: Jetzt macht man das, was der Bund der Steuerzahler schon immer gefordert hat

(Abg. Andreas Stoch SPD: Aber nicht bei sich selbst!)

– aber nicht bei sich selbst, sondern bei den folgenden Generationen –: „Wir erhöhen die Diäten, und dafür wird die Altersvorsorge abgesenkt.“ So wurde es damals verkauft.

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Meine Damen und Herren, wenn man heute erklärt: „Die erhöhten Diäten behalten wir bei, aber die abgesenkte Altersversorgung ist zu wenig, wir kehren zu den Staatsrenten zurück“, ist doch völlig klar, wie die Diskussion in der Öffentlichkeit läuft. Deshalb kann man so etwas nicht machen.

Wir, die FDP/DVP-Fraktion, sehen, wie gesagt, diese Ungerechtigkeit. Da haben Sie völlig recht, Herr Kollege Stoch. Aber es ist damals nun mal so gelaufen. Es wurde von allen vier Fraktionen mehrheitlich so beschlossen. Es ist völlig klar, dass man, wenn man jetzt plötzlich kommt und das Rad zurückdrehen will, eine solche öffentliche Debatte auslöst. Deshalb sagen wir in aller Deutlichkeit: Wir sehen die Ungerechtigkeit, doch wir finden uns nach Lage der Dinge mit dieser Ungerechtigkeit ab.

Nichtsdestotrotz macht es Sinn, eine Kommission einzusetzen, die einmal in der Gesamtschau betrachtet, wie die Stellung des Abgeordneten ist, wie sie sein sollte und wie das vielleicht im nationalen Vergleich aussieht. Das tragen wir durchaus mit. Aber ich mache auch an dieser Stelle deutlich: Damals wie heute ist unsere Position die, dass der Abgeordnete kein Beamter ist und wir es infolgedessen für falsch halten, für den Abgeordneten eine Staatsrente auszuloben. Vielmehr rücken wir von dem Prinzip, dass der Abgeordnete, ebenso wie auch die Bevölkerung, privat fürs Alter vorsorgen sollte, nicht ab – unabhängig davon, was diese Kommission vorschlagen wird.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Insofern stimmen wir selbstverständlich der Initiative zu,

(Zurufe von der SPD)

dieses Gesetz wieder zurückzunehmen. Wir sind auch für diese Kommission und schauen uns gern im Lichte dessen die

Ergebnisse dieser Kommission an. Aber die grundsätzliche Haltung unserer Fraktion wird durch das Kommissionsergebnis, wie auch immer es ausfallen mag, nicht korrigiert werden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache beendet.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 16/1666 zur weiteren Beratung an den Ständigen Ausschuss zu überweisen. Sie erhalten hierfür eine Einladung, und die Sitzung – eine Sondersitzung – wird am 8. März 2017 um 9:30 Uhr vor der Plenarsitzung stattfinden. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Damit ist Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

(Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos] tritt an das Präsidium heran.)

– Herr Abg. Dr. Gedeon, es tut mir leid, wenn Sie sich entsprechend gemeldet hätten, hätte ich das zugelassen. Aber jetzt ist der Punkt beendet. Es tut mir leid.

(Zurufe)

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 8. März 2017, um 10:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 12:24 Uhr

Vorschlag

der Fraktion GRÜNE

Umbesetzung im Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport

Funktion	scheidet aus	tritt ein
----------	--------------	-----------

Mitglied	Halder	Walter
----------	--------	--------

21.02.2017

Andreas Schwarz und Fraktion